

Handbuch Vergaberecht

Gabriel / Krohn / Neun

3. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-74516-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Gabriel/Krohn/Neun
Handbuch Vergaberecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Vergaberecht

GWB · VgV · SektVO · VSVgV
KonzVgV · VOB/A · UVgO
VO(EG) 1370/2007 · SGB V · AEUV

Herausgegeben von

Dr. Marc Gabriel, LL.M. (Nottingham)
Rechtsanwalt in Berlin

Dr. Wolfram Krohn, M.P.A. (Harvard)
Rechtsanwalt in Berlin

Dr. Andreas Neun
Rechtsanwalt in Berlin

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
3. Auflage 2021



Zitervorschlag:
Gabriel/Krohn/Neun VergabeR-HdB/Bearbeiter

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 74516 4

© 2021 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Eberl & Koesel GmbH & Co. KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

Seit der Erstauflage des Handbuchs im Jahr 2014 hat sich das Vergaberecht rasant weiterentwickelt und dabei zum Teil grundlegend geändert. Lag der Schwerpunkt der Aktualisierung anlässlich der zweiten Auflage noch in der Einarbeitung der großen Vergaberechtsreform des Jahres 2016 und der Umsetzung der europäischen Vergaberichtlinien vom Februar 2014, wurden für die dritte Auflage ein besonderer Schwerpunkt unter anderen auf die hochaktuellen und praxisrelevanten Themenbereiche e-Vergabe, das neue Wettbewerbsregister und Beschaffungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und deren Auswirkungen auf Vergabeverfahren gelegt. Außerdem wurden mehrere Kapitel des Handbuchs grundlegend neubearbeitet und ausgebaut, wie zum Beispiel die Teile zur Leistungsbeschreibung, zu Compliance und Selbstreinigung, zum Öffentlichen Preisrecht, zu Konzessionsvergaben und zu Auftragsvergaben im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die neuen Akzente in der Rechtsprechung insbesondere des neu besetzten Düsseldorfer Vergabesenats und des BGH gelegt. Rechtsentwicklung, Literatur und Judikatur konnten dabei bis September 2020 berücksichtigt werden.

Auch bei der Arbeit an der dritten Auflage ist das besondere Konzept dieses Handbuchs – einer aktuellen und am Ablauf eines Vergabeverfahrens orientierten anwenderfreundlichen Gesamtdarstellung des gesamten allgemeinen wie besonderen deutschen Vergaberechts unter Vermeidung von Doppelungen und Redundanzen bei der Kommentierung inhaltsgleicher Vorschriften – unverändert aufrechterhalten und weiterverfolgt worden. Die daher nach wie vor gültige Beschreibung in der Erstauflage über Aufbau und Handhabung des Werks ist daher im Anschluss weiterhin abgedruckt.

Zu großem Dank sind die Herausgeber erneut allen Autorinnen und Autoren (deren Kreis sich abermals erweitert hat) verpflichtet, welche auch die beträchtliche Mühe einer weitgehenden Neubearbeitung des Fußnotenapparates mit Verständnis und großer Sorgfalt auf sich genommen haben. Detaillierte redaktionelle Vorgaben stellen die optimalen digitalen Nutzung des Handbuchs in beck-online sicher. Ebenso wie im Vergaberecht selbst (e-Vergabe) gilt auch für die erläuternde Literatur: Den neuen Medien gehört die Zukunft und jeder Schritt in diese Richtung ist eine gute Investition in die kommende Zeit.

Die Herausgeber sind dem zuständigen juristischen Lektoratsleiter, Herrn Dr. Roland L. Klaes, und der betreuenden Lektorin, Frau Dr. Annalena Hanke sowie ihrer Mitarbeiterin Martina Schöner beim Verlag C.H. Beck herzlich dankbar. Ohne ihre Umsicht, Erfahrung und tatkräftige Unterstützung wäre die dritte Auflage in dieser Zeit und Form nicht zu bewältigen gewesen. Schließlich haben die Herausgeber vielen helfenden Händen zu danken, ohne deren Mitwirkung die grundlegende Neubearbeitung eines so umfangreichen Werks nicht zu bewältigen ist. Das gilt insbesondere für Herrn Dipl.-Jur. Raphael Menges, LL.M. (oec.), der sehr engagiert und mit außerordentlicher Akribie die herausgeberischen Arbeiten begleitet hat.

Für konstruktive Kritik und Hinweise sind die Herausgeber und der Verlag weiterhin dankbar. Anmerkungen mögen, ungeachtet der inhaltlichen Verantwortung der Autorinnen und Autoren für ihre Abschnitte, zu Händen der Herausgeber übersandt werden (marc.gabriel@bakermckenzie.com, wolfram.krohn@dentons.com, andreas.neun@gleiss-lutz.com).

Berlin, im Dezember 2020

Marc Gabriel

Wolfram Krohn

Andreas Neun

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 2. Auflage

Seit der Erstauflage des Handbuchs im Jahr 2014 hat sich das Vergaberecht grundlegend geändert. Ausgehend von den drei europäischen Vergaberichtlinien vom Februar 2014 kam es zur großen deutschen Vergaberechtsreform (zur Richtlinienumsetzung) im April 2016, die erst Anfang 2017 mit Veröffentlichung der Unterschwellenvergabeordnung ihren vorläufigen Abschluss gefunden hat. Diese bislang umfassendste Vergaberechtsnovellierung hat eine vollständige Neubearbeitung des gesamten Werks erforderlich gemacht, was sich ua in den Kapiteln 1, 2, 12 und 16 des Handbuchs zeigt, wo nunmehr das neue Regime der sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen behandelt wird, welches die vormalige Unterteilung zwischen sog. vor- und nachrangigen Dienstleistungen ersetzt, elektronische und andere besondere Instrumente des Vergaberechts in ihrer hervorgehobenen Bedeutung erläutert werden, der neuen Konzessionsvergabeordnung ein ganzes Kapitel gewidmet wird und Auftragsvergaben unterhalb der europäischen Schwellenwerte nun auf der Basis der Unterschwellenvergabeordnung kommentiert werden. Der Kreis der Autorinnen und Autoren hat sich entsprechend erweitert.

Neben den Überarbeitungsbedarf aufgrund der Vergaberechtsreform sind in den letzten drei Jahren zahlreiche wichtige Entscheidungen von Nachprüfungsinstanzen – sei es des europäischen Gerichtshofs, nationaler Vergabesenate oder -kammern oder des Bundesgerichtshofs – getreten, die ebenfalls großen Einfluss auf die Auslegung und Anwendung des Vergaberechts in Deutschland genommen haben und in ihrer praktischen Bedeutung den vorgenannten Rechtsänderungen in Nichts nachstehen.

Bei der Arbeit an der Zweitaufgabe ist das besondere Konzept dieses Handbuchs unverändert aufrechterhalten und weiterverfolgt worden. Die daher nach wie vor gültige Beschreibung in der Erstauflage über Aufbau und Handhabung des Werks ist aus diesem Grund im Anschluss weiterhin abgedruckt.

Zu großem Dank sind die Herausgeber abermals allen Autorinnen und Autoren verpflichtet, welche die Mühe einer durch die Vergaberechtsreform bedingten mitunter vollständigen Neubearbeitung bewundernswert engagiert und unter pünktlicher Wahrung der teils engen Abgabefristen auf sich genommen haben. Gleichzeitig sind die Herausgeber dem zuständigen Lektoratsleiter, Herrn Dr. Roland L. Klaes, und dem betreuenden Lektor, Herrn Gerald Fischer, sowie seiner Mitarbeitern Martina Schöner herzlich dankbar. Ohne ihre Unterstützung und Mithilfe wäre die Zweitaufgabe weder in dieser Zeit noch in dieser Form zu bewältigt gewesen.

Für konstruktive Kritik und Hinweise sind die Herausgeber und der Verlag weiterhin dankbar. Anmerkungen mögen, ungeachtet der inhaltlichen Verantwortung der Autorinnen und Autoren für ihre Abschnitte, zu Händen der Herausgeber übersandt werden (marc.gabriel@bakermckenzie.com, wolfram.krohn@dentons.com, andreas.neun@gleiss-lutz.com).

Berlin, im Mai 2017

Marc Gabriel

Wolfram Krohn

Andreas Neun

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Das Vergaberecht erfreut sich seit Einführung des Vierten Teils des GWB eines beachtlichen Maßes an wissenschaftlich-literarischer Durchdringung. Je nach Zählweise kann der Vergaberechtsuchende heutzutage rund vier Dutzend Kommentare, Hand- und Lehrbücher zurate ziehen, in denen „das Vergaberecht“ mal in Teilbereichen, mal in Gänze, teils systematisch, teils nach Paragraphen geordnet aufbereitet wird. Der Leser mag sich daher die Frage stellen, welchen speziellen Bedarf das vorliegende Werk decken soll.

Das – besondere – Konzept dieses Handbuchs basiert auf der in der Beratungspraxis der Herausgeber wiederholt gemachten Feststellung, dass es schwierig ist, *einen* vergaberechtlichen Ratgeber zu finden, der sowohl dem Einsteiger ein kompaktes Einlesen in Einzelthemen wie auch „das Vergaberecht“ im Ganzen ermöglicht, als auch dem Fortgeschrittenen ein Nachschlagen vertieft aufbereiteter „paragraphenscharfer“ Spezialfragen erlaubt. Der didaktische Graben zwischen Kommentar und Lehr- oder Handbuch wird nur selten in ein und demselben Werk überbrückt. Der vorliegende Band soll diese Lücke schließen und eine erschöpfende Gesamtdarstellung des gesamten deutschen Vergaberechts einschließlich aller praktisch bedeutsamen Nebengebiete bieten.

Anders als ein klassischer Kommentar zum Vergaberecht, der anhand der erläuterten Gesetzes- und Regelwerke paragrafengenau gegliedert ist, orientiert sich dieses Handbuch in seinem Allgemeinen Teil der Praxis folgend chronologisch an den verschiedenen Phasen eines Vergabeverfahrens und den sich hieraus ergebenen Fragestellungen. Die im Allgemeinen Teil erläuterten Sachthemen beziehen sich dabei übergreifend auf „klassische“ Auftragsvergaben im Rahmen jeder der drei geltenden Vergabe- und Vertragsordnungen, unter Einbeziehung aller geltenden Vergabevorschriften in GWB, VgV, VOL/A, VOB/A und VOF samt ihrer jeweiligen Spezifika. Hierdurch sollen Redundanzen und Wiederholungen vermieden werden, die – dem Kaskaden- und Schubladenprinzip geschuldet – darauf zurückgehen, dass sich die gleichen Rechtsfragen mehr oder weniger inhaltsgleich bei parallelen Vorschriften verschiedener Regelwerke stellen. Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede der vergaberechtlichen Regelwerke werden so aufgezeigt und in übersichtlicher Form dargestellt. Das einfache und schnelle Auffinden der Erläuterungen zu bestimmten Einzelvorschriften wiederum wird durch ein Vorschriftenverzeichnis erleichtert; insoweit soll das Handbuch vergleichbar einer Kommentierung von Einzelvorschriften genutzt und zitiert werden können.

Dem Allgemeinen Teil folgt sodann ein bereichsspezifischer Besonderer Teil, in dem sämtliche sektorale Sondervergabegänge dargestellt werden, die sich in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Neben Vergaben nach SektVO, VSVgV und VO (EG) 1370/2007 zählen hierzu auch die in der Praxis bedeutsamen Vergaben im Gesundheitsbereich (Krankenkassenausschreibungen) und im Unterschwellenbereich sowie Bieter- und Auswahlverfahren, die nicht in den Anwendungsbereich des GWB-Vergaberechts fallen. Rechtsentwicklung, Literatur und Judikatur konnten bis Januar 2014 berücksichtigt werden. An mehreren Stellen wird bereits auf die neuen EU-Vergaberichtlinien Bezug genommen. Eine umfassende rechtliche Würdigung der neuen Richtlinien war allerdings in dieser ersten Auflage (noch) nicht zu leisten.

Die Herausgeber sind vor allem den Autorinnen und Autoren für ihren unermüdlichen Einsatz und ihre Geduld während der Entstehungsphase zum Dank verpflichtet. Herzlicher Dank gebührt ferner dem Verlag C.H. Beck für die Unterstützung des Konzepts sowie dem zuständigen Lektoratsleiter, Herrn Dr. Roland L. Klaes, und dem betreuenden Lektor, Herrn Gerald Fischer, die das Werk seit Anfang an begleitet haben. Schließlich haben die Herausgeber zahlreichen Helfern zu danken, ohne deren Unterstützung im Hintergrund die Erstellung eines so umfangreichen Werks nicht zu bewältigen gewesen wäre. Das gilt im Berliner Büro der Sozietät Baker & McKenzie insbesondere für Frau Rechtsanwältin Cornelia Groth und Herrn Dipl.-Jur. Maximilian Voll, die sich von der Anfangsphase bis zur Schlussredaktion außerordentlich engagiert für das Werk eingebracht haben.

Vorwort zur 1. Auflage

Für weiterführende Bemerkungen, Kritik und Hinweise sind die Herausgeber und der Verlag dankbar. Anregungen mögen, ungeachtet der inhaltlichen Verantwortung der Autorinnen und Autoren für ihre Abschnitte, zu Händen der Herausgeber übersandt werden (marc.gabriel@bakermckenzie.com, wkrohn@orrick.com, andreas.neun@gleisslutz.com).

Berlin, im März 2014

Marc Gabriel

Wolfram Krohn

Andreas Neun



Bearbeiterverzeichnis

Dr. Christian Braun

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht,
Fachanwalt für Vergaberecht, Leipzig
§§ 62–68

Dr. Peter Braun, LL.M. (Wales)

Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
§§ 15, 16, 30, 64–68

Dr. Janet Kerstin Butler

Rechtsanwältin, Berlin
§§ 10, 11

Dr. Sebastian Conrad

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht,
Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin
§§ 33–36, 56, 58, 60

Dr. Alexander Fandrey

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht, Düsseldorf
§§ 4, 8, 9

beck-shop.de

Dr. Christiane Freytag

Rechtsanwältin, Stuttgart
§§ 37–39

DIE FACHBUCHHERSTELLUNG

Dr. Marc Gabriel, LL.M. (Nottingham)

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Medizinrecht,
Fachanwalt für Vergaberecht,
Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin
§§ 17, 18, 74–80, 82–86

Andreas Haupt

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht,
Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Köln
§§ 26, 29

Oliver M. Kern, LL.M. (UNSW)

Rechtsanwalt, Berlin
§ 32

Dr. Marco König

Rechtsanwalt, Stuttgart
§§ 6, 7, 14, 31

Dr. Wolfram Krohn, M.P.A. (Harvard)

Rechtsanwalt, Berlin
§§ 3, 19, 57, 59, 61

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Susanne Mertens, LL.M. (Dublin)
Rechtsanwältin und Fachanwältin für Bau- und Architektenrecht,
Fachanwältin für Informationstechnologierecht und
Fachanwältin für Vergaberecht, Berlin
§§ 87–89

Dr. Annette Mutschler-Siebert, M.Jur. (Oxon)
Rechtsanwältin, Berlin
§ 32

Dr. Andreas Neun
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin
§§ 40–47

Christine Ohlerich, LL.M. (Nottingham)
Regierungsdirektorin, Bonn
§§ 20, 23, 28

Dr. Udo H. Olgemöller
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Frankfurt am Main
§§ 69–73

Tobias Osseforth, Mag.rer.pUBL.
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht, München
§ 13

beck-shop.de
Dr. Olaf Otting
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Hanau
§§ 69–73

DIE FACHBUCHHANDLUNG
Monika Prell
Rechtsanwältin, Berlin
§ 5

Dr. Ingrid Reichling
Rechtsanwältin und Fachanwältin für Vergaberecht, München
§ 2

Dr. Tobias Schneider
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht, Berlin
§§ 3, 12

Dr. Andreas Schulz, LL.M. (VUW)
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht, Berlin
§§ 48–55

Dr. Daniel Soudry, LL.M.
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Vergaberecht, Berlin
§ 81

Dr. Wiland Tresselt
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
§§ 69–73

Dr. Maximilian Voll, LL.M. (London)
Rechtsanwalt, Berlin
§ 21

Dr. Katharina Weiner
Rechtsanwältin, Düsseldorf
§§ 1, 22

Prof. Dr. Mark von Wietersheim
Rechtsanwalt, Berlin
§§ 24, 25, 27

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage	V
Vorwort zur 2. Auflage	VII
Vorwort zur 1. Auflage	IX
Bearbeiterverzeichnis	XI
Inhaltsübersicht	XV
Inhaltsverzeichnis	XXXI
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	LXXXIII
Vorschriftenverzeichnis	CIII

Allgemeiner Teil

Kapitel 1 Grundlagen

§ 1 Grundsätze des Vergaberechts (*Weiner*)

A. Einleitung	3
B. Der Wettbewerbsgrundsatz, § 97 Abs. 1 GWB	6
C. Der Transparenzgrundsatz, § 97 Abs. 1 GWB	12
D. Der Wirtschaftlichkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 S. 2 GWB	16
E. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 S. 2 GWB	17
F. Der Gleichbehandlungsgrundsatz, § 97 Abs. 2 GWB	17
G. Die Berücksichtigung qualitativer, innovativer, sozialer und umweltbezogener Aspekte, § 97 Abs. 3 GWB	23
H. Die Berücksichtigung mittelständischer Interessen, § 97 Abs. 4 S. 1–3 GWB	24

§ 2 Anwendungsbereich (*Reichling*)

A. Einleitung	38
B. Anwendungsbereich des EU-Kartellvergaberechts gemäß §§ 97 ff. GWB, der Vergabeverordnungen sowie der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A-EU und VOB/A-VS)	41
C. Anwendungsbereich des nationalen Vergaberechts	80
D. Anwendungsbereich des 3. Abschnitts der VOB/A (VOB/A-VS)	83
E. Besonderheiten im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie	83

§ 3 Auftraggeber (*Krohn/Schneider*)

A. Einleitung	88
B. Gebietskörperschaften und deren Sondervermögen (§ 99 Nr. 1 GWB)	90
C. Andere juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts (§ 99 Nr. 2 GWB)	91
D. Verbände (§ 99 Nr. 3 GWB)	106
E. Staatlich subventionierte Auftraggeber (§ 99 Nr. 4 GWB)	106
F. Sektorenauftraggeber (§ 100 GWB)	107
G. Konzessionsgeber (§ 101 GWB)	111

§ 4 Öffentliche Aufträge (*Fandrey*)

A. Einleitung	120
B. Öffentlicher Auftrag (§ 103 Abs. 1 GWB)	122

Inhaltsübersicht

C. Auftragsarten	138
D. Zuordnung von Aufträgen und Konzessionen	141
§ 5 Elektronische Kommunikation (Prell)	
A. Einleitung	148
B. Verpflichtende E-Vergabe	149
C. Verpflichtende E-Rechnung	163
D. Ausblick	165
§ 6 Besondere Auftragsvergaben: In-house-Geschäfte und staatliche Kooperationen (König)	
A. Einleitung	169
B. In-house-Geschäfte	170
C. Staatliche Kooperationen	185
§ 7 Soziale und andere besondere Dienstleistungen (König)	
A. Einleitung	199
B. Erfasste Dienstleistungen	201
C. Vergaberechtliche Erleichterungen für soziale und andere besondere Dienstleistungen	203
§ 8 Schwellenwerte und Auftragswertberechnung (Fandrey)	
A. Einleitung	212
B. Anpassung der geltenden Schwellenwerte	213
C. Überblick über die geltenden Schwellenwerte	214
D. Der Rahmen für die Schätzung des Auftragswertes	216
E. Schätzung bei Bauaufträgen	219
F. Schätzung bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen	223
G. Besondere Konstellationen	225
§ 9 Die Grundzüge vergaberechtlicher Einflüsse auf das Zuwendungsrecht (Fandrey)	
A. Einleitung	230
B. Die Verbindung des Zuwendungs- mit dem Vergaberecht	232
C. Der Widerruf des Zuwendungsbescheides wegen Verstoßes gegen das Vergaberecht	235
D. Die Kontrolle der Mittelverwendung	243
E. Rechtsschutz des Zuwendungsempfängers gegen Widerruf und Rückforderung	246
F. Die weitere Entwicklung des Zuwendungsrechts	247
Kapitel 2 Vergabeverfahrensarten	
§ 10 Offenes Verfahren, nicht offenes Verfahren, Verhandlungsverfahren (Butler)	
A. Einleitung	258
B. Wahl der richtigen Vergabeverfahrensart	259
C. Die einzelnen Vergabeverfahrensarten	263
§ 11 Öffentliche Ausschreibung, beschränkte Ausschreibung, freihändige Vergabe (Butler)	
A. Einleitung	298
B. Wahl der richtigen Vergabeverfahrensart	299
C. Die einzelnen Vergabeverfahrensarten	304

§ 12 Wettbewerblicher Dialog und Innovationspartnerschaft (Schneider)

A. Wettbewerblicher Dialog	327
B. Innovationspartnerschaft	356

§ 13 Rahmenvereinbarungen und andere besondere Instrumente des Vergaberechts (Osseforth)

A. Einleitung	384
B. Rahmenvereinbarungen	385
C. Dynamisches Beschaffungssystem	415
D. Elektronische Auktion	419
E. Elektronischer Katalog	423
F. Planungswettbewerbe	425
G. Zentrale Beschaffungstätigkeit und -stellen	440

Kapitel 3 Bieter und Bewerber

§ 14 Projektanten und ausgeschlossene Personen (König)

A. Einleitung	452
B. Projektantenproblematik	453
C. Ausgeschlossene Personen	462

§ 15 Eignungsanforderungen (Braun)

A. Einleitung	483
B. Die Eignungskriterien	484
C. Bewerber/Bieter	484

§ 16 Compliance, Selbstreinigung und Korruptionsprävention (Braun)

A. Einleitung	500
B. Compliance	500
C. Korruptionsprävention in der Auftragsvergabe	501
D. Ausschluss vom Vergabeverfahren	504
E. Auftragssperre	510
F. Selbstreinigung	523

§ 17 Bietergemeinschaften (Gabriel)

A. Einleitung	542
B. Der Rechtsrahmen für Bietergemeinschaften	544
C. Die kartellrechtliche Zulässigkeit der Bildung von Bietergemeinschaften	552
D. Angebotsstrategien mit Beteiligung von Bietergemeinschaften an der Grenze zur Wettbewerbsbeschränkung	561
E. Änderungen der Zusammensetzung und Bildung von Bietergemeinschaften im Verlauf eines Vergabeverfahrens	574
F. Die Prozessführungsbefugnis bei Bietergemeinschaften	583

§ 18 Unterauftragnehmer (Gabriel)

A. Einleitung	598
B. Der Rechtsrahmen für Unterauftragnehmer	599
C. Erforderliche Erklärungen und Nachweise zum Unterauftragnehmereinsatz	604
D. Probleme im Zusammenhang mit dem Unterauftragnehmereinsatz	610

Inhaltsübersicht

Kapitel 4 Auftragsgegenstand, Leistungsbeschreibung und Vergabeunterlagen

§ 19 Leistungsbeschreibung (Krohn)

A. Einleitung	642
B. Ermittlung des Beschaffungsbedarfs	643
C. Arten der Leistungsbeschreibung	644
D. Grundsätze der Leistungsbeschreibung	647
E. Inhalt der Leistungsbeschreibung	665
F. Barrierefreiheit und „Design für Alle“	682
G. Umweltschutzanforderungen und Nachhaltigkeit	684

§ 20 Vergabeunterlagen und Vertragsbedingungen (Ohlerich)

A. Einleitung	708
B. Bestandteile der Vergabeunterlagen	710
C. Eindeutigkeit und Auslegung der Vergabeunterlagen	734
D. Verhältnis zwischen Bekanntmachung und Vergabeunterlagen	736
E. Kostenersatz	737

§ 21 Öffentliches Preisrecht (Völl)

A. Einleitung	740
B. Rechtsquellen und Grundprinzipien des öffentlichen Preisrechts	741
C. Vorgaben der VO PR Nr. 30/53 und Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten	745

§ 22 Berücksichtigung strategischer Ziele – Green und Sustainable Public Procurement (Weiner)

A. Einleitung	777
B. Umweltorientierte Auftragsvergabe – Green Public Procurement (GPP)	778

Kapitel 5 Bekanntmachungen, Form- und Fristvorgaben

§ 23 Auftragsbekanntmachungen und andere Ex-ante-Veröffentlichungen (Ohlerich)

A. Einleitung	801
B. Auftragsbekanntmachung	802
C. Vorinformation	820
D. Freiwillige Bekanntmachungen	827
E. Beschafferprofil	828

§ 24 Bereitstellung und Versand von Vergabeunterlagen (von Wietersheim)

A. Einleitung	834
B. Elektronische Bereitstellung	835
C. Vorgaben für den Versand	837
D. Kostenerstattung bei Oberschwellenvergaben	841
E. Kostenerstattung für die Versendung nach VOB/A und UVgO	841
F. Rechtsfolgen verspäteter Versendung	843
G. Bereich Verteidigung und Sicherheit	843

§ 25 Fristen (von Wietersheim)

A. Einleitung	851
B. Grundlagen der Fristberechnung	851

C. VgV – allgemeine Vorschriften in Abschnitt 2	854
D. VgV – besondere Vorschriften der Abschnitte 3–6	864
E. VOB/A-EU	865
F. KonzVgV	872
G. Fristen im Sektorenbereich	873
H. Fristen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	877
I. VOB/A Abschnitt 1	882
J. UVgO	886
H. RPW	887

§ 26 Form und Inhalt von Teilnahmeanträgen und Angeboten (*Haupt*)

A. Formerfordernisse	897
B. Notwendige Inhalte	902

Kapitel 6 Angebote und Wertung

§ 27 Angebotsöffnung (*von Wietersheim*)

A. Einleitung	917
B. VgV	919
C. VOB/A-EU	921
D. SektVO	923
E. KonzVgV	924
F. Bereich Verteidigung und Sicherheit	924
G. VOB/A – Unterschwellenbereich	925
H. UVgO	929

§ 28 Nebenangebote (*Ohlerich*)

A. Einleitung	934
B. Begriff	935
C. Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Nebenangeboten	937
D. Wertung von Nebenangeboten	949

§ 29 Formelle Angebotsprüfung (erste Wertungsstufe) (*Haupt*)

A. Einleitung	961
B. Zwingende Ausschlussgründe	962
C. Fakultative Ausschlussgründe	982
D. Selbstreinigung	999

§ 30 Eignungsprüfung (zweite Wertungsstufe) (*Braun*)

A. Einleitung	1023
B. Die Eignungskriterien	1024
C. Keine Vermengung von Eignungskriterien und Zuschlagskriterien	1026
D. Mindestanforderungen an die Eignung	1026
E. Bekanntmachung der Eignungskriterien und der Nachweisform	1027
F. Die Eignungsprüfung	1028
G. Eignungsnachweise	1033
H. Präqualifikationssysteme	1038
I. Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)	1042
J. Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise	1047
K. Erläuterung der Unterlagen	1049
L. Nachweis der Eignung durch andere geeignete Nachweise	1049

Inhaltsübersicht

§ 31 Preisprüfung (dritte Wertungsstufe) (König)	
A. Einleitung	1054
B. Bieterschützende Funktion	1057
C. Inhalt und Ablauf der Preisprüfung	1059
 § 32 Die Angebotswertung (vierte Wertungsstufe)	
<i>(Mutschler-Siebert/Kern)</i>	
A. Einleitung	1091
B. Auswahl und Bekanntmachung der Zuschlagskriterien	1092
C. Auswahl und Bekanntmachung der Gewichtung und Wertungsmatrix	1113
D. Durchführung der Wertung	1122
 Kapitel 7 Beendigung des Vergabeverfahrens	
 § 33 Aufhebung (Conrad)	
A. Einleitung	1130
B. Die Aufhebungstatbestände der VgV, der VSVgV, der UVgO, der VOL/A und der VOB/A	1136
C. Ermessensentscheidung des Auftraggebers	1158
D. Mitteilungspflichten	1159
E. Rechtsschutz gegen die Aufhebung	1162
F. Schadensersatz	1167
 beck-shop.de	
§ 34 Informations- und Wartepflicht (Conrad)	
A. Einleitung	1171
B. Anwendungsbereich	1173
C. Informationspflicht	1176
D. Wartepflicht	1186
E. Ausnahmen	1189
F. Folgen eines Verstoßes	1190
G. § 19 EU Abs. 2 und 3 VOB/A, § 19 VS Abs. 2 und 3 VOB/A	1191
H. Informations- und Wartepflichten außerhalb von § 134 GWB	1191
 § 35 Zuschlagserteilung (Conrad)	
A. Einleitung	1198
B. Wirksamkeit des Zuschlags	1200
C. Zeitpunkt des Zuschlags	1203
D. Form des Zuschlags	1204
E. Stellvertretung	1206
 § 36 Dokumentation, Information über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote und andere Ex-post-Bekanntmachungs-, Melde- und Berichtspflichten (Conrad)	
A. Einleitung	1220
B. Dokumentation und Vergabevermerk	1220
C. Mitteilung über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote	1232
D. Bekanntmachung der Auftragsvergabe	1241
E. Mitteilung über beabsichtigte beschränkte Ausschreibungen	1245
F. Melde- und Berichtspflichten; Vergabestatistik	1245

Kapitel 8 Rechtsfolgen von Vergaberechtsverstößen

§ 37 Kündigung in besonderen Fällen, Unwirksamkeit und Rückabwicklung (Freytag)

A. Einleitung	1253
B. Gesetzliche Sonderkündigungsrechte nach § 133 GWB	1254
C. Unwirksamkeitsgründe nach § 135 GWB	1262
D. Sonstige Unwirksamkeitsgründe	1280

§ 38 Schadensersatz (Freytag)

A. Einleitung	1284
B. Schadensersatz bei Rechtsmissbrauch gemäß § 180 GWB	1286
C. Anspruch auf Ersatz des Vertrauensschadens gemäß § 181 S. 1 GWB	1297
D. Weitergehende Schadensersatzansprüche, § 181 S. 2 GWB	1307

§ 39 Vertragsverletzungsverfahren (Freytag)

A. Einleitung	1320
B. Korrekturmechanismus der Kommission gemäß § 183 GWB	1322
C. Vertragsverletzungsverfahren durch die EU-Kommission gemäß Art. 258 AEUV	1324

Kapitel 9 Rechtsschutz

§ 40 Zuständigkeiten (Neun)

A. Einleitung	1345
B. EG-Rechtsmittel-Richtlinien	1346
C. Zuständigkeit für das Vergabenachprüfungsverfahren in erster Instanz	1347
D. Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in zweiter Instanz	1350
E. Unterrichtungspflicht	1351

§ 41 Rechtswegkonzentration, Antragsbefugnis und Rügeobliegenheit (Neun)

A. Einleitung	1354
B. § 97 Abs. 6 GWB	1355
C. Rechtswegkonzentration	1356
D. Antragsbefugnis	1365
E. Rügeobliegenheit (§ 160 Abs. 3 GWB)	1370
F. Rechtsschutzbedürfnis	1378

§ 42 Nachprüfungsverfahren (Neun)

A. Einleitung	1381
B. Verfahrensgrundsätze	1381
C. Unzulässigkeit des Nachprüfungsantrags nach wirksam geschlossenem Vertrag	1384
D. Fortsetzungsfeststellungsverfahren	1388
E. Beiladung	1389
F. Akteneinsichtsrechte	1390
G. Befangenheit	1393
H. Nachprüfungsverfahren und Vergleiche der Beteiligten	1393

§ 43 Sofortige Beschwerde (Neun)

A. Einleitung	1397
B. Zulässigkeit	1397
C. Begründetheit: Prüfungsumfang und -maßstab	1398
D. Verfahrensrecht	1399

Inhaltsübersicht

E. Eilantrag gemäß § 173 Abs. 1 S. 3 GWB	1403
F. Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Beschwerdegerichts?	1404
G. Bindungswirkung von Entscheidungen der Vergabekammern und -senate im Schadensersatzprozess	1404

§ 44 Vorabentscheidung über den Zuschlag (*Neun*)

A. Einleitung	1409
B. Prüfung und Übermittlung eines Nachprüfungsantrages zur Auslösung des Zuschlagsverbotes	1410
C. Folgen der Information des öffentlichen Auftraggebers über den Nachprüfungsantrag (mindestens in Textform)	1411
D. Vorabgestattung des Zuschlags (§ 169 Abs. 2 GWB)	1412
E. Vorabentscheidung über den Zuschlag durch das Beschwerdegericht nach § 176 GWB	1413
F. Antrag auf weitere vorläufige Maßnahmen zum Eingriff in das Vergabeverfahren (§ 169 Abs. 3 GWB)	1415

§ 45 Vollstreckung von Entscheidungen (*Neun*)

A. Einleitung	1419
B. Vollstreckungsvoraussetzungen („Zulässigkeit des Verwaltungzwanges“)	1420
C. Verfahrensfragen	1422
D. Vollstreckung von Entscheidungen nach § 169 Abs. 3 GWB	1424
E. Vollstreckung von Entscheidungen des Beschwerdegerichts	1424
F. Keine Vollstreckung eines Feststellungstenors	1424

§ 46 Divergenzvorlagen an den BGH und Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH (*Neun*)

A. Einleitung	1428
B. Divergenzvorlage zum Bundesgerichtshof	1428
C. Vorabentscheidungsersuchen zum Europäischen Gerichtshof	1430
D. Folgen pflichtwidrig unterlassener Vorlagen	1433

§ 47 Kosten und Gebühren (*Neun*)

A. Einleitung	1436
B. Gebühren und Auslagen der Vergabekammer	1436
C. Erstattungsfähigkeit von Aufwendungen der obsiegenden Beteiligten im erinstanzlichen Verfahren	1439
D. Kostentragung und Aufwendungserstattung in besonderen Fällen: Billigkeitsgründe	1440
E. Kosten des Beschwerdeverfahrens	1442
F. Höhe der Rechtsanwaltsvergütung	1444
G. Kostenfestsetzung	1446

Besonderer Teil

Kapitel 10 Auftragsvergaben in den Bereichen Verkehr, Trinkwasser- und Energieversorgung (SektVO)

§ 48 Einleitung (*Schulz*)

A. Die SektVO als Sondervergaberecht der Energie-, Wasser- und Verkehrsversorgung	1447
B. Grundzüge der Regelungssystematik	1448
C. Freistellung vom Vergaberecht für bestimmte Sektorentätigkeiten	1450

§ 49 Anwendungsbereich (*Schulz*)

A. Einleitung	1451
B. Persönlicher Anwendungsbereich	1452
C. Sachlicher Anwendungsbereich	1453
D. Ausnahmetatbestände gemäß GWB	1456
E. Ausnahme für Sektorentätigkeiten, die unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt sind	1458
F. Auftragsänderungen während der Vertragslaufzeit	1462
G. Auftraggeber nach dem Bundesberggesetz	1463

§ 50 Vergabeverfahrensarten (Besonderheiten) (*Schulz*)

A. Einleitung	1465
B. Freie Wahl der Vergabeverfahrensarten	1466
C. Die Vergabeverfahrensarten im Einzelnen	1468
D. Rahmenvereinbarungen	1477
E. Dynamische Beschaffungssysteme	1477
F. Elektronische Auktionen und Kataloge	1477

§ 51 Bieter und Bewerber (Besonderheiten) (*Schulz*)

A. Einleitung	1479
B. Auswahl der Unternehmen	1480
C. Ausschluss vom Vergabeverfahren	1484
D. Qualitätssicherungs- und Umweltmanagementnormen	1485
E. Qualifizierungssysteme	1486

§ 52 Leistungsbeschreibung und Vergabeunterlagen (Besonderheiten) (*Schulz*)

A. Vergabeunterlagen	1491
B. Anschreiben	1491
C. Bewerbungsbedingungen	1492
D. Vertragsunterlagen	1492
E. Leistungsbeschreibung	1492

§ 53 Bekanntmachungen, Form- und Fristvorgaben (Besonderheiten) (*Schulz*)

A. Einleitung	1497
B. Form und Inhalt der Bekanntmachungen	1497
C. Die Bekanntmachungen im Einzelnen	1498
D. Fristen	1501
E. Wege der Informationsübermittlung	1503

§ 54 Angebote, Wertung und Beendigung des Vergabeverfahrens (Besonderheiten) (*Schulz*)

A. Einleitung	1505
B. Behandlung der Angebote	1505
C. Ungewöhnlich niedrige Angebote	1508
D. Angebote die Waren aus Drittländern umfassen	1508
E. Zuschlagskriterien und Zuschlagserteilung	1509
F. Aufhebung und Einstellung des Vergabeverfahrens	1509
G. Grenzen der Informations- und Mitteilungspflichten	1510
H. Behandlung von Nebenangeboten	1510
I. Unteraufträge	1511

Inhaltsübersicht

J. Dokumentation	1511
§ 55 Rechtsfolgen von Vergaberechtsverstößen und Rechtsschutz (Besonderheiten) (Schulz)	
Kapitel 11 Auftragsvergaben in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit (VSVgV, VOB/A VS)	
§ 56 Einführung (Conrad)	
A. Einleitung	1515
B. Die Richtlinie 2009/81/EG	1517
C. Die Umsetzung der Richtlinie 2009/81/EG ins deutsche Recht	1518
§ 57 Anwendungsbereich (Krohn)	
A. Einleitung	1521
B. Allgemeines zum Anwendungsbereich	1522
C. Aufträge im Bereich Verteidigung	1523
D. Sicherheitsspezifische Aufträge im zivilen Bereich	1528
E. Gemischte Aufträge	1532
F. Ausnahmen für den Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	1533
§ 58 Vergabearten und sonstige Besonderheiten des Verfahrens (Conrad)	
A. Einleitung	1561
B. Begriffsbestimmungen	1563
C. Nachrangige Dienstleistungen	1564
D. Vergabearten	1564
E. Abschluss von Rahmenvereinbarungen	1569
F. Vergabe in Losen	1570
G. Vergabe von Unteraufträgen	1570
H. Besonderheiten der Vergabe von Aufträgen zur Bekämpfung von Gesundheitskrisen	1581
§ 59 Informationssicherheit (Krohn)	
A. Einleitung	1583
B. Maßnahmen, Anforderungen und Auflagen zum Verschlusssachenschutz	1586
C. Allgemeine Pflicht zur Vertraulichkeit	1598
§ 60 Versorgungssicherheit (Conrad)	
A. Einleitung	1601
B. Bedeutung der Versorgungssicherheit in der Systematik des Vergaberechts	1601
C. § 8 VSVgV	1602
§ 61 Rechtsschutz bei Vergaben im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich (Besonderheiten) (Krohn)	
A. Einleitung	1605
B. EU-rechtliche Vorgaben	1606
C. Rechtsschutz im deutschen Recht	1609
Kapitel 12 Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV)	
§ 62 Einleitung (Braun)	
A. Einleitung	1624
B. Allgemeine Bestimmungen	1625

C. Schwellenwert, Berechnung des geschätzten Vertragswerts	1628
§ 63 Anwendungsbereich (Braun)	
A. Begrifflichkeit	1631
B. Persönlicher Anwendungsbereich (§ 101 GWB)	1638
C. Sachlicher Anwendungsbereich	1640
§ 64 Verfahrensregeln zur Konzessionsvergabe (Braun)	
A. Einleitung	1647
B. Vorherige Bekanntmachungspflicht	1648
C. Freie Verfahrensgestaltung	1649
D. Verfahrensgarantien und Umgehungsverbot	1650
E. Zulässige Vertragsänderungen und Bekanntmachungspflichten	1654
F. Umgehungsverbot	1654
G. Durchführung einer eVergabe	1655
§ 65 Leistungsbeschreibung, Laufzeit, Vergabeunterlagen, Auskünfte (Braun)	
A. Leistungsbeschreibung	1657
B. Laufzeit	1659
C. Vergabeunterlagen	1659
§ 66 Bekanntmachung, Regeln zum Auswahlverfahren, Fristen und Zuschlag (Braun)	
A. Einleitung	1661
B. Bekanntmachung	1661
C. Frist- und Formvorgaben	1662
D. Auswahl geeigneter Unternehmen (Besonderheiten)	1663
E. Zusätzliche Auskünfte zu den Vergabeunterlagen	1665
F. Bietergemeinschaften	1665
G. Unteraufträge	1666
H. Zuschlag und Zuschlagskriterien	1666
I. Unterrichtungspflicht	1668
§ 67 Aufhebung; Dokumentation; Rechtsschutz (Braun)	
A. Aufhebung des Vergabeverfahrens	1669
B. Dokumentation	1669
C. Rechtsschutz im Vergabeverfahren	1670
§ 68 Konzessionsvergabe unterhalb der Schwellenwerte und außerhalb des förmlichen Vergaberechts (Braun)	
A. Baukonzession unterhalb der Schwellenwerte	1671
B. Dienstleistungskonzession unterhalb der Schwellenwerte	1673
C. Rechtsschutz außerhalb des förmlichen Vergaberechts	1674
Kapitel 13 Auftragsvergaben im Bereich Öffentlicher Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (Verordnung (EG) Nr. 1370/2007)	
§ 69 Einführung zur VO 1370/2007 (Otting/Olgemöller/Tresselt)	
A. Einleitung	1680
B. Reichweite der unmittelbaren Anwendbarkeit seit dem 3.12.2009	1684
C. Vorgängerregelungen	1686

Inhaltsübersicht

D. Entstehungsgeschichte	1687
E. Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. 10.2007 über öffentliche Personenverkehrsdiene auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates	1688

§ 70 Anwendungsbereich (*Otting/Olgemöller/Tresselt*)

A. Einleitung	1712
B. Geltungsbereich: Öffentliche Personenverkehrsdiene auf Schiene und Straße ...	1713
C. Zuständige Behörde	1715
D. Betreiber	1716
E. Öffentlicher Dienstleistungsauftrag	1717

§ 71 Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge im Wettbewerb

(*Otting/Olgemöller/Tresselt*)

A. Einleitung	1745
B. Vergaben nach Art. 5 Abs. 3 VO 1370/2007	1752

§ 72 Direktvergaben öffentlicher Dienstleistungsaufträge

(*Otting/Olgemöller/Tresselt*)

A. Einleitung	1758
B. Direktvergaben von Eisenbahnverkehren nach Art. 5 Abs. 6 VO 1370/2007	1760
C. Selbsterbringung und Vergabe an interne Betreiber nach Art. 5 Abs. 2 VO 1370/2007	1763
D. Direktvergaben bei Kleinaufträgen	1772
E. Notmaßnahmen nach Art. 5 Abs. 5 VO 1370/2007	1775

§ 73 Rechtsschutz (Besonderheiten) (*Otting/Olgemöller/Tresselt*)

A. Einleitung	1785
B. Rechtsschutz bei der Vergabe von Bus- und Straßenbahnverkehren	1785
C. Rechtsschutz bei der Vergabe von Eisenbahnverkehren	1787
D. Rechtsschutz gegen eine Auferlegung nach Art. 5 Abs. 5 VO 1370/2007	1787

Kapitel 14 Auftragsvergaben im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung: Krankenkassenausschreibungen (SGB V)

§ 74 Einführung (*Gabriel*)

A. Wettbewerb im System der gesetzlichen Krankenversicherung	1793
B. Gesetzgeberische Maßnahmen im Einzelnen	1793

§ 75 Anwendungsbereich (*Gabriel*)

A. Einleitung	1801
B. Anwendung des Vergaberechts	1801
C. Entsprechende Geltung des Kartellrechts	1808

§ 76 Vergaberechtlicher Rechtsschutz und Open-House-Verfahren (*Gabriel*)

A. Einleitung	1813
B. Primärrechtsschutz bei vergaberechtlichen Streitigkeiten im Bereich des SGB V	1814
C. Das Open-House-Verfahren	1816

§ 77 Hilfsmittelversorgungsverträge (*Gabriel*)

A. Einleitung	1835
---------------------	------

B. Präqualifizierungsverfahren gemäß § 126 SGB V	1837
C. Hilfsmittelversorgungsverträge gemäß § 127 SGB V	1839

§ 78 Arzneimittelrabattverträge (Gabriel)

A. Einleitung	1863
B. Vergaberechtliche Grundkonzeption von Arzneimittelrabattverträgen gemäß § 130a Abs. 8 SGB V	1866
C. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Arzneimittelrabattverträgen betreffend Generika	1878
D. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen betreffend (patentgeschützte) Originalpräparate	1894
E. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen betreffend Verträge über Generika oder patentgeschützte Originalpräparate	1906
F. Ausschreibung von Rabattverträgen über biologisch/biotechnologisch hergestellte Arzneimittel	1917

§ 79 Rabattverträge über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen in der Onkologie (Gabriel)

A. Einleitung	1923
B. Vergaberechtliche Grundkonzeption von Rabattverträgen über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen gemäß § 130a Abs. 8a SGB V	1925
C. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen gemäß § 130a Abs. 8a SGB V	1930
D. Sozialrechtliche Vorgaben für Preisvereinbarungen zwischen Krankenkassen und Apotheken betreffend Zubereitungen aus Fertigarzneimitteln	1933
E. Ausschreibung von Zytostatika-Versorgungsverträgen gemäß § 129 Abs. 5 S. 3 SGB V aF	1935

§ 80 Weitere ausschreibungsrelevante Versorgungsverträge (Gabriel)

A. Einleitung	1948
B. Impfstoffversorgungsverträge gem. § 132e SGB V	1948
C. Integrierte Versorgungsverträge gemäß § 140a SGB V	1948
D. Hausarztzentrierte Versorgungsverträge gemäß § 73b SGB V	1954

Kapitel 15 Wettbewerbsregister**§ 81 Wettbewerbsregister (Soudry)**

A. Einleitung	1959
B. Eintragung von Rechtsverstößen	1960
C. Abfragepflichten und -rechte für Auftraggeber	1974
D. Folgen einer Eintragung	1976
E. Löschung einer Eintragung	1976
I. Löschung der Eintragung nach Fristablauf	1977
F. Rechtsschutz	1981
G. Grundsatz der elektronischen Kommunikation	1984
H. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft	1984

Kapitel 16 Binnenmarktrelevante Auswahlverfahren nach primärrechtlichen Verfahrensvorgaben (AEUV)**§ 82 Rechtliche Grundlagen (Gabriel)**

A. Einleitung	1988
---------------------	------

Inhaltsübersicht

B. Grundfreiheitliche Vorgaben	1991
C. Allgemeine Grundsätze des europäischen Primärrechts	1999
D. EU-Beihilferecht	2001
E. Dokumente der EU-Kommission	2002
F. Anhang	2006

§ 83 Anwendungsbereich (*Gabriel*)

A. Einleitung	2028
B. Sachlicher Anwendungsbereich	2029
C. Persönlicher Anwendungsbereich	2049

§ 84 Beihilferechtliche Verfahrensvorgaben (*Gabriel*)

A. Einführung	2055
B. Beihilferechtliche Privatisierungsgrundsätze	2058

§ 85 Vorbereitung und Durchführung primärrechtlicher Bieterverfahren (*Gabriel*)

A. Einleitung	2063
B. Ablauf eines primärrechtlichen strukturierten Bieterverfahrens unter Berücksichtigung beihilferechtlicher Belange	2064

§ 86 Rechtsfolgen von Verstößen und Rechtsschutz (Besonderheiten) (*Gabriel*)

A. Einleitung	2079
B. Risiken der Nichtbeachtung von primärrechtlichen und beihilferechtlichen Verfahrensvorgaben	2080
C. Rechtsschutz	2082
D. Beihilferecht und Grundfreiheiten	2090

Kapitel 17 Auftragsvergaben unterhalb der europäischen Schwellenwerte

§ 87 Einführung (*Mertens*)

A. Haushaltsrecht	2094
B. Einkauf nach einheitlichen Richtlinien	2094
C. Europäisches Primärrecht	2098

§ 88 Landesvergabegesetze

A. Baden-Württemberg	2102
B. Bayern	2106
C. Berlin	2112
D. Brandenburg	2117
E. Bremen	2121
F. Hamburg	2126
G. Hessen	2129
H. Mecklenburg-Vorpommern	2133
I. Niedersachsen	2136
J. Nordrhein-Westfalen	2139
K. Rheinland-Pfalz	2143
L. Saarland	2147
M. Sachsen	2150
N. Sachsen-Anhalt	2152

O. Schleswig-Holstein	2156
P. Thüringen	2159

§ 89 Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte (Mertens)

A. Einleitung	2163
B. Rechts- und Fachaufsichtsbeschwerde	2164
C. Nachprüfungsstellen gem. § 21 VOB/A	2164
D. Einstweilige Verfügung	2165
E. Sekundärrechtsschutz	2169
F. Besondere landesrechtliche Rechtsschutzmöglichkeiten	2170
Sachregister	2171

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	V
Vorwort zur 2. Auflage	VII
Vorwort zur 1. Auflage	IX
Bearbeiterverzeichnis	XI
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	LXXXIII
Vorschriftenverzeichnis	CIII

Allgemeiner Teil

Kapitel 1 Grundlagen

§ 1 Grundsätze des Vergaberechts

A. Einleitung	3
B. Der Wettbewerbsgrundsatz, § 97 Abs. 1 GWB	6
I. Herleitung	6
1. Wettbewerb aus nationaler Sicht	6
2. Wettbewerb aus europäischer Sicht	6
II. Bedeutung für das deutsche Vergaberecht	7
III. Aktueller Trend: Weniger Wettbewerb, mehr Wirtschaftlichkeit?	8
IV. Inhalt und Auswirkung auf das Vergabeverfahren	9
1. Vorrang formstrenger Verfahrenarten	9
2. Schaffung eines level playing field	9
3. Teilnehmerauswahl	10
4. Vorrang der Ausschreibung	10
5. Wahrung des Geheimwettbewerbs	11
C. Der Transparenzgrundsatz, § 97 Abs. 1 GWB	12
I. Herleitung	12
1. Transparenz aus nationaler Sicht	12
2. Transparenz aus europäischer Sicht	12
II. Bedeutung für das deutsche Vergaberecht	13
III. Inhalt und Auswirkung auf das Vergabeverfahren	13
1. Bekanntmachungspflichten	13
2. Nachprüfbarkeit	14
3. Dokumentation	14
4. Akteneinsicht	15
5. Informationspflichten	15
D. Der Wirtschaftlichkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 S. 2 GWB	16
I. Herleitung	16
1. Wirtschaftlichkeit aus nationaler Sicht	16
2. Wirtschaftlichkeit aus europäischer Sicht	16
II. Bedeutung für das deutsche Vergaberecht	16
III. Inhalt und Auswirkungen auf das Vergabeverfahren	16
E. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 S. 2 GWB	17
F. Der Gleichbehandlungsgrundsatz, § 97 Abs. 2 GWB	17
I. Herleitung	17
1. Gleichbehandlung aus nationaler Sicht	18

Inhaltsverzeichnis

2. Gleichbehandlung aus europäischer Sicht	18
II. Bedeutung für das deutsche Vergaberecht	19
III. Inhalt und Auswirkungen auf das Vergabeverfahren	20
1. Informationen und Bekanntmachung	20
2. Nichtdiskriminierende Leistungsbeschreibung	21
3. Einheitliche Verfahrens- und Vergabebedingungen	21
4. Nichtdiskriminierende Eignungs- und Zuschlagskriterien	22
5. Verbot von Interessenkonflikten	22
6. Umgang mit Beihilfen	23
G. Die Berücksichtigung qualitativer, innovativer, sozialer und umweltbezogener Aspekte, § 97 Abs. 3 GWB	23
H. Die Berücksichtigung mittelständischer Interessen, § 97 Abs. 4 S. 1–3 GWB	24
I. Herleitung	24
1. Mittelstandsförderung aus nationaler Sicht	24
2. Mittelstandsförderung aus europäischer Sicht	25
II. Bedeutung für das deutsche Vergaberecht	25
III. Inhalt und Auswirkung auf das Vergabeverfahren	26
1. Grundsatz: Losweise Vergabe	27
2. Ausnahme: Gesamtvergabe	28
3. Weitere Formen der Berücksichtigung mittelständischer Interessen	29
4. Sonderfall: Loslimitierung	29
5. Sonderfall: Zusammenfassende Beschaffung	30
6. Unterauftragsvergabe	30
A. Einleitung	38
B. Anwendungsbereich des EU-Kartellvergaberechts gemäß §§ 97 ff. GWB, der Vergabeverordnungen sowie der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A-EU und VOB/A-VS)	41
I. Anwendungsbereich der §§ 97 ff. GWB	41
1. Persönlicher Anwendungsbereich des Kartellvergaberechts	41
2. Sachlicher Anwendungsbereich des Kartellvergaberechts	43
3. Zeitlicher Anwendungsbereich: Übergangsbestimmungen des § 186 GWB	75
II. Anwendungsbereich der Vergabeverordnung – VgV	75
1. Ermächtigung zum Erlass der Vergabeverordnung, § 113 GWB	75
2. Systematik, Anwendungsbereich und Inhalt der VgV	76
III. Anwendungsbereich der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen VOB/A (§ 2 S. 2 VgV iVm § 1 VOB/A-EU)	78
1. Persönlicher Anwendungsbereich der VOB/A-EU	78
2. Sachlicher Anwendungsbereich der VOB/A-EU	79
3. Zeitlicher Anwendungsbereich, § 23 VOB/A-EU aF	79
C. Anwendungsbereich des nationalen Vergaberechts	80
I. Persönlicher Anwendungsbereich: Nationaler Auftraggeberbegriff	80
II. Sachlicher Anwendungsbereich des nationalen Vergaberechts	80
III. Regelungen zum nationalen Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich	80
1. Allgemeines	80
2. UVgO und VOB/A	82
D. Anwendungsbereich des 3. Abschnitts der VOB/A (VOB/A-VS)	83
E. Besonderheiten im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie	83

§ 3 Auftraggeber

A. Einleitung	88
B. Gebietskörperschaften und deren Sondervermögen (§ 99 Nr. 1 GWB)	90
I. Gebietskörperschaften	90
II. Sondervermögen der Gebietskörperschaften	90
C. Andere juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts (§ 99 Nr. 2 GWB)	91
I. Überblick	91
II. Selbständige Rechtspersönlichkeit	92
1. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	92
2. Juristische Personen des privaten Rechts	92
III. Gründung zu dem besonderen Zweck, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben nichtgewerblicher Art zu erfüllen	93
1. Besonderer Gründungszweck	93
2. Im Allgemeininteresse liegende Aufgaben	94
3. Aufgaben nichtgewerblicher Art	95
4. Infizierungstheorie bei Mischfällen	97
IV. Besondere Staatsnähe	98
1. Überwiegende Finanzierung	98
2. Aufsicht über die Leitung	100
3. Bestimmung von mehr als der Hälfte der zur Mitglieder der Geschäftsführung oder zur Aufsicht berufenen Organe des Auftraggebers	101
4. Mittelbare Beherrschung	102
5. Einzelfälle	102
D. Verbände (§ 99 Nr. 3 GWB)	106
E. Staatlich subventionierte Auftraggeber (§ 99 Nr. 4 GWB)	106
F. Sektorenauftraggeber (§ 100 GWB)	107
I. Überblick	107
II. Sektorenauftraggeber aufgrund Gewährung besonderer oder ausschließlicher Rechte (§ 100 Abs. 1 Nr. 2 lit. a GWB)	110
III. Sektorenauftraggeber aufgrund von staatlichem Einfluss (§ 100 Abs. 1 Nr. 2 lit. b GWB)	111
G. Konzessionsgeber (§ 101 GWB)	111

§ 4 Öffentliche Aufträge

A. Einleitung	120
B. Öffentlicher Auftrag (§ 103 Abs. 1 GWB)	122
I. Vertrag	122
1. Auf Leistungsaustausch gerichteter Rechtsbindungswillen	122
2. Form	123
3. Öffentlich-rechtlicher Vertrag	123
4. Hoheitliche Handlungsformen und öffentliche Gewalt	123
5. Vertragsänderungen nach Vertragsschluss	124
6. Rahmenvereinbarungen	130
II. Entgelt	130
1. Grundsätze	130
2. Konzessionen	131
3. Vorteilsgewährung von Seiten Dritter	132
4. Verwaltungssponsoring	132

Inhaltsverzeichnis

III. Beschaffungscharakter	133
1. Grundsätze	133
2. Veräußerung von öffentlichen Gütern und städtebauliche Verträge	133
3. Veräußerung und Ankauf von Gesellschaftsanteilen	134
4. Zulassungsverfahren („Open-house“)	135
IV. Wirtschaftsteilnehmer als Vertragspartner	135
1. Grundsätze	135
2. Beihilfeempfänger als Vertragspartner	136
3. InhouseBetreiber als Vertragspartner	136
4. Interkommunale Kooperationen	137
5. Bevorzugte Bieter (§ 118 GWB)	138
C. Auftragsarten	138
I. Lieferaufträge (§ 103 Abs. 2 GWB)	138
II. Bauaufträge (§ 103 Abs. 3 GWB)	139
1. Ausführung mit oder ohne Planung	139
2. Bauleistungen durch den Auftragnehmer (Var. 1 und Var. 2)	140
3. Bauleistungen durch Dritte (Var. 3)	140
III. Dienstleistungsaufträge (§ 103 Abs. 4 GWB)	141
IV. Auslobungsverfahren (§ 103 Abs. 6 GWB)	141
D. Zuordnung von Aufträgen und Konzessionen	141
I. Gemischte Verträge	142
II. Teile unterfallen unterschiedlichen rechtlichen Regelungen (§ 111 GWB)	142
III. Teile umfassen verschiedene Tätigkeiten mit Sektorenbezug (§ 112 GWB)	143
A. Einleitung	148
I. Europäische Vorgaben/Zielsetzung	148
II. Umsetzung	149
B. Verpflichtende E-Vergabe	149
I. EU-weite Vergabeverfahren	150
II. Nationale Vergabeverfahren	151
1. Bauaufträge	151
2. Liefer- und Dienstleistungsaufträge	151
III. Elektronische Kommunikation in Vergabeverfahren	152
1. Ablauf im Vergabeprozess	152
2) Nachweis der Eignung durch die Einheitlich Europäische Eigenerklärung	159
III. Elektronische Mittel im Vergabeverfahren und ihre Alternativen	160
1. Anforderungen an die Funktionalität der verwendeten elektronischen Mittel	160
2. Anforderungen an die Zugangsmöglichkeiten zu den elektronischen Mittel	161
3. Ausnahmen für den Einsatz alternativer elektronischer Mittel	162
III. Drittschutz im Rahmen der E-Vergabe	162
C. Verpflichtende E-Rechnung	163
I. Europäische Vorgaben/Zielsetzung	163
II. Umsetzung	164
III. Anforderungen/Inhalt	164
D. Ausblick	165

§ 6 Besondere Auftragsvergaben: In-house-Geschäfte und staatliche Kooperationen

A. Einleitung	169
I. Dogmatischer Hintergrund	169
II. Erstmalige Kodifizierung durch die Vergaberechtsreform 2016	170
B. In-house-Geschäfte	170
I. In-house-Geschäft als Entwicklung der EuGH-Rechtsprechung	171
1. In-house-Geschäfte im engeren Sinn	171
2. In-house-Geschäfte im weiteren Sinn	172
II. Voraussetzungen vergaberechtsfreier In-house-Geschäfte im weiteren Sinn	172
1. Kontrollkriterium (§ 108 Abs. 1 Nr. 1 GWB)	173
2. Wesentlichkeitskriterium (§ 108 Abs. 1 Nr. 2 GWB)	177
3. Beteiligungskriterium (§ 108 Abs. 1 Nr. 3 GWB)	180
4. Inverse und horizontale In-house-Geschäfte	183
5. Auswirkungen auf Privatisierungen und Anteilsveräußerungen bei öffentlichen Unternehmen	184
C. Staatliche Kooperationen	185
I. Grundsätzliche Anwendbarkeit des Vergaberechts	186
II. Voraussetzungen vergaberechtsfreier Kooperationen	187
1. Kooperationspartner	187
2. Gegenstand der Kooperation	188
3. Keine Umgehung des Vergaberechts	195

§ 7 Soziale und andere besondere Dienstleistungen

A. Einleitung	199
B. Erfasste Dienstleistungen	201
I. Besondere Ausnahmen vom Anwendungsbereich	201
II. Die besonderen Dienstleistungen im Einzelnen	202
C. Vergaberechtliche Erleichterungen für soziale und andere besondere Dienstleistungen	203
I. Besondere Beschaffungsregelungen für Dienstleistungsaufträge	203
II. Die Vergabe von Konzessionen	206
III. Abweichendes Regelungskonzept für Selektivverträge und Modellvorhaben nach dem SGB V	207

§ 8 Schwellenwerte und Auftragswertberechnung

A. Einleitung	212
B. Anpassung der geltenden Schwellenwerte	213
C. Überblick über die geltenden Schwellenwerte	214
I. Die Schwellenwerte des Kartellvergaberechts	215
II. Schwellenwerte außerhalb des Kartellvergaberechts	215
D. Der Rahmen für die Schätzung des Auftragswertes	216
I. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Schätzung	216
II. Maßstab der Schätzung und Umgehungsverbot	216
III. Dokumentation	218
IV. Rechtsfolgen unterlassener oder fehlerhafter Schätzung	218
E. Schätzung bei Bauaufträgen	219
I. Ermittlung der Gesamtvergütung	219
II. Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Dienst- und Lieferleistungen	220

Inhaltsverzeichnis

III. Losweise Vergabe	220
1. 20%-Kontingent	221
2. Ausnahme vom 20%-Kontingent	222
3. Abgrenzung zwischen Einzelauftrag und Los	222
4. Dokumentation der losweisen Vergabe	222
F. Schätzung bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen	223
G. Besondere Konstellationen	225
I. Daueraufträge	226
II. Rahmenvereinbarungen und dynamisches elektronisches Verfahren	226
III. Optionsrechte und Vertragsverlängerungen	226
IV. Vertragsänderungen	227
V. Planungswettbewerbe	228
VI. Innovationspartnerschaft	228
VII. Konzessionen	228

§ 9 Die Grundzüge vergaberechtlicher Einflüsse auf das Zuwendungsrecht

A. Einleitung	230
B. Die Verbindung des Zuwendungs- mit dem Vergaberecht	232
C. Der Widerruf des Zuwendungsbescheides wegen Verstoßes gegen das Vergaberecht	235
I. Objektiver Vergabefehler als Auflagenverstoß	235
II. Widerruffrist	236
III. Ermessen	238
IV. Rückforderung von Fördermitteln	242
D. Die Kontrolle der Mittelverwendung	243
I. Die Zuwendungsprüfung durch die Bewilligungsbehörde	243
II. Die Zuwendungsprüfung durch die Rechnungshöfe	244
E. Rechtsschutz des Zuwendungsempfängers gegen Widerruf und Rückforderung	246
F. Die weitere Entwicklung des Zuwendungsrechts	247

Kapitel 2 Vergabeverfahrensarten

§ 10 Offenes Verfahren, nicht offenes Verfahren, Verhandlungsverfahren

A. Einleitung	258
B. Wahl der richtigen Vergabeverfahrensart	259
I. Rechtsrahmen	259
II. Hierarchie der Verfahrensarten	260
III. Rechtsfolgen bei Wahl der falschen Verfahrensart	262
C. Die einzelnen Vergabeverfahrensarten	263
I. Offenes Verfahren	263
1. Allgemeines	263
2. Zulässigkeit des offenen Verfahrens	263
3. Ablauf des offenen Verfahrens	264
II. Nicht offenes Verfahren	266
1. Allgemeines	266
2. Zulässigkeit des nicht offenen Verfahrens	266
3. Ablauf des nicht offenen Verfahrens	267

III.	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	269
1.	Allgemeines	269
2.	Zulässigkeit des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb	270
3.	Ablauf des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb	273
IV.	Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	279
1.	Allgemeines	279
2.	Zulässigkeit des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb	279
3.	Ablauf des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb	291
§ 11 Öffentliche Ausschreibung, beschränkte Ausschreibung, freihändige Vergabe		
A.	Einleitung	298
B.	Wahl der richtigen Vergabeverfahrensart	299
I.	Rechtsrahmen	299
II.	Hierarchie der Verfahrensarten	300
III.	Rechtsfolgen bei Wahl der falschen Verfahrensart	302
C.	Die einzelnen Vergabeverfahrensarten	304
I.	Öffentliche Ausschreibung	304
1.	Allgemeines	304
2.	Zulässigkeit der öffentlichen Ausschreibung	304
3.	Ablauf der öffentlichen Ausschreibung	304
II.	Beschränkte Ausschreibung mit oder ohne Teilnahmewettbewerb	305
1.	Allgemeines	305
2.	Zulässigkeit der beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb	306
3.	Zulässigkeit der beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb	306
3.	Ablauf der beschränkten Ausschreibung	309
III.	Freihändige Vergabe/Verhandlungsvergabe	310
1.	Allgemeines	310
2.	Zulässigkeit der freihändigen Vergabe/Verhandlungsvergabe	311
3.	Ablauf der freihändigen Vergabe/Verhandlungsvergabe	317
IV.	Direktvergabe (§§ 3a Abs. 4 VOB/A, 14 UVgO)	318
§ 12 Wettbewerblicher Dialog und Innovationspartnerschaft		
A.	Wettbewerblicher Dialog	327
I.	Einleitung	327
II.	Zulässigkeit des Wettbewerblichen Dialogs	328
1.	Persönlicher Anwendungsbereich	328
2.	Sachlicher Anwendungsbereich	329
3.	Anwendung des Wettbewerblichen Dialogs in besonderen Bereichen ...	333
III.	Ablauf des Wettbewerblichen Dialogs	336
1.	Teilnahmewettbewerb	336
2.	Dialogphase	340
3.	Angebotsphase	350
B.	Innovationspartnerschaft	356
I.	Einleitung	356
II.	Anwendungsbereich der Innovationspartnerschaft	356
III.	Zulässigkeit der Innovationspartnerschaft	357
IV.	Auswahl des Partners/der Partner	358
1.	Teilnahmewettbewerb	358
2.	Verhandlungen und Zuschlagsentscheidung	359

Inhaltsverzeichnis

V. Durchführung der Innovationspartnerschaft	361
1. Strukturierung und Ablauf der Innovationspartnerschaft	361
2. Vergütung der Partner	363
3. Erwerb der innovativen Liefer-, Bau – oder Dienstleistung	363
§ 13 Rahmenvereinbarungen und andere besondere Instrumente des Vergaberechts	
A. Einleitung	384
B. Rahmenvereinbarungen	385
I. Definition	386
II. Rahmenvertragspartner	387
1. Auf Beschafferseite	388
2. Auf Auftragnehmerseite	390
III. Arten von Rahmenvereinbarungen	391
1. Abschließende Ein-Partner-Rahmenvereinbarung	392
2. Flexible Ein-Partner-Rahmenvereinbarung	393
3. Abschließende Mehrfach-Rahmenvereinbarungen	393
4. Flexible Mehrfach-Rahmenvereinbarungen	394
IV. Das zu ermittelnde Auftragsvolumen	395
1. Relevanz für das Erreichen des Schwellenwerts	395
2. Relevanz für die Angebotserstellung und die Wirksamkeit der Einzelabrufe	397
V. Besondere Anforderungen an Rahmenvereinbarungen	400
1. Vergaberechtsregime	400
2. Verpflichtungen aus der Rahmenvereinbarung	400
3. Missbrauchsverbot	401
4. Festlegung der Bedingungen	405
5. Auswahlverfahren	406
6. Laufzeit der Rahmenvereinbarung	407
VI. Anforderungen an Einzelaufträge	410
1. Abschließende Ein-Partner-Rahmenvereinbarung	410
2. Flexible Ein-Partner-Rahmenvereinbarung	410
3. Abschließende Mehrfach-Rahmenvereinbarungen	411
4. Flexible Mehrfach-Rahmenvereinbarungen	411
5. Kleinstwettbewerb	412
6. Laufzeit der Einzelaufträge	414
VII. Unterschwellenbereich	414
VIII. Vergabestatistikverordnung	415
C. Dynamisches Beschaffungssystem	415
I. Definition	415
II. Anwendungsbereich	416
III. Vergaberechtsregime	416
IV. Betrieb eines dynamischen Beschaffungssystems	417
V. Fristen beim dynamischen Beschaffungssystem	417
VI. Unterschwellenbereich	418
1. VOL/A 2009	418
2. UVgO	418
VII. Vergabestatistikverordnung	419
D. Elektronische Auktion	419
I. Definition	419
II. Anwendungsbereich	419
III. Vergaberechtsregime	420

IV. Durchführung elektronischer Auktionen	420
V. Unterschwellenbereich	422
VI. Vergabestatistikverordnung	422
E. Elektronischer Katalog	423
I. Definition	423
II. Anwendungsbereich	423
III. Vergaberechtsregime	424
IV. Verwendung elektronischer Kataloge	424
1. Bekanntmachung	424
2. Erstellung elektronischer Kataloge	424
3. Elektronische Kataloge im Zusammenhang mit Rahmenvereinbarungen	425
V. Unterschwellenbereich	425
F. Planungswettbewerbe	425
I. Definitionen	425
II. Gegenstand von Planungswettbewerben	426
1. Planungswettbewerbe für Architekten- und Ingenieurleistungen	427
2. Sonstige Planungswettbewerbe	429
III. Durchführung eines Planungswettbewerbs, § 69 Abs. 2 VgV	429
1. Wettbewerbsbekanntmachung	431
2. Wettbewerbsart	432
3. Das Preisgericht, § 72 VgV	434
4. Vergütung	436
5. Aufhebung eines Planungswettbewerbs	437
6. Rechtsschutz im Rahmen eines Planungswettbewerbs	438
IV. Verhandlungsverfahren	439
G. Zentrale Beschaffungstätigkeit und -stellen	440
I. Definitionen	440
1. Zentrale Beschaffungsstelle	440
2. Zentrale Beschaffungstätigkeiten	440
3. Nebenbeschaffungstätigkeiten	441
4. Beschaffungsdienstleister	441
II. Zentrale Beschaffungstätigkeiten und -stellen	441
III. Nebenbeschaffungstätigkeiten	442
1. Nebenbeschaffungstätigkeiten durch einen öffentlichen Auftraggeber ...	442
2. Nebenbeschaffungstätigkeiten durch einen privatrechtliche Stelle	442

Kapitel 3 Bieter und Bewerber

§ 14 Projektanten und ausgeschlossene Personen

A. Einleitung	452
B. Projektantenproblematik	453
I. Vorgaben des EuGH	453
II. Umsetzung im deutschen Vergaberecht	454
III. Vorbefasstheit	454
1. Beratung oder anderweitige Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens	455
2. Ausweitung des Projektantenbegriffs	456
3. Wechsel von Wissensträgern vom Auftraggeber zum Bieter	457
IV. Rechtsfolgen für den Auftraggeber	458
1. Prüfung des Vorliegens eines Wettbewerbsvorteils	458
2. Pflicht des Auftraggebers zur Egalisierung des Wettbewerbsvorteils	460

Inhaltsverzeichnis

3. Ausschluss des vorbefassten Unternehmens als ultima ratio	461
V. Maßnahmen vorbefasster Unternehmen zur Risikominimierung	461
1. Kooperation mit dem Auftraggeber	461
2. Interne Vorkehrungen des Projektanten	461
C. Ausgeschlossene Personen	462
I. Normstruktur und Regelungssystematik	463
II. Bestehen eines Interessenkonflikts (§ 6 Abs. 2 VgV)	464
III. Widerlegliche Vermutung eines Interessenkonflikts gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 3 und 2 VgV	465
IV. Widerlegliche Vermutung eines Interessenkonflikts gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 3 VgV	466
1. Tatbestandsvoraussetzungen	467
2. Widerlegung der Vermutung	468
V. Nicht ausdrücklich erfasste Konstellationen	469
VI. Mitwirkungsverbot	470
VII. Rechtsfolgen bei Verletzung des § 6 VgV	472

§ 15 Eignungsanforderungen

A. Einleitung	483
B. Die Eignungskriterien	484
C. Bewerber/Bieter	484
I. Unternehmen	484
II. Beihilfeempfänger	485
III. Keine Beschränkung auf den örtlichen Markt	486
IV. Die öffentliche Hand als Bieter	486
V. Gewerbsmäßige Ausführung von Leistungen der ausgeschriebenen Art	488
VI. Einrichtungen ohne Gewinnerzielungsabsicht	490
VII. Bevorzugte Vergabe an Werkstätten für Behinderte	490

§ 16 Compliance, Selbstreinigung und Korruptionsprävention

A. Einleitung	500
B. Compliance	500
C. Korruptionsprävention in der Auftragsvergabe	501
I. Transparenz der Verfahren	502
II. Personalrotation in der Beschaffungsstelle	503
III. Trennung zwischen Fachabteilung und Beschaffungsstelle	503
IV. Geeignetes Personal in der Vergabestelle	504
V. Erarbeitung einer Beschaffungsrichtlinie	504
D. Ausschluss vom Vergabeverfahren	504
I. Fakultativer Ausschluss	505
II. Zwingender Ausschluss	509
E. Auftragssperre	510
I. Voraussetzungen einer Auftragssperre	511
II. Korruptionsregister des Bundes	512
III. Korruptionsregister der Länder	514
IV. Zulässiger Zeitraum für Ausschluss	515
V. Rechtsschutz	516
VI. Internationale Beispiele von Auftragssperren	517
1. Europäische Union	517
2. Weltbank	521

3. Koordination der Vergabesperren (cross-debarment)	523
F. Selbstreinigung	523
I. Rechtsgrundlage	524
II. Anwendungsbereich der Selbstreinigung	525
III. Voraussetzungen der Selbstreinigung	527
1. Wiedergutmachung des Schadens	527
2. Aufklärung des Sachverhalts	528
3. Organisatorische und Personelle Maßnahmen	531
IV. Bewertung der Selbstreinigung	533
1. Grundsätzliches	533
2. Ablehnende Entscheidung	533
V. Rechtliche Folgen der Selbstreinigung	534
VI. Einführung des Wettbewerbsregistergesetzes	534

§ 17 Bietergemeinschaften

A. Einleitung	542
B. Der Rechtsrahmen für Bietergemeinschaften	544
I. Europarechtliche vergaberechtliche Vorgaben	544
II. Nationale vergaberechtliche Vorgaben	545
1. Grundsätzliche Zulässigkeit von Bietergemeinschaften	545
2. Die Rechtsnatur der Bietergemeinschaft	547
3. Eignungsnachweise	548
4. Vollmachtsnachweise	550
5. Benennung der Mitglieder	551
C. Die kartellrechtliche Zulässigkeit der Bildung von Bietergemeinschaften	552
I. Die kartellrechtlichen Vorgaben	552
II. Die vergaberechtlichen Auswirkungen	552
III. Die maßgebliche Rechtsprechung	554
1. Grundsätze und frühere ständige Rechtsprechung	554
2. Strengerer Ansatz des KG und des OLG Düsseldorf	557
3. Reaktionen und Konkretisierungen der jüngeren Rechtsprechung	558
4. Bietergemeinschaften aus konzernverbundenen Unternehmen	561
D. Angebotsstrategien mit Beteiligung von Bietergemeinschaften an der Grenze zur Wettbewerbsbeschränkung	561
I. Doppel- und Mehrfachbeteiligungen	561
1. Unzulässige Mehrfachbewerbung für dieselbe Leistung	561
2. Zulässige Mehrfachbewerbung für denselben Leistungsanteil bei Losvergaben	564
II. Beteiligung als Einzelbieter und Nachunternehmer, „verdeckte“ und „gescheiterte“ Bietergemeinschaft	566
III. Beteiligung konzernverbundener Unternehmen	568
1. Keine grundsätzliche Vermutung der Unzulässigkeit nach europäischer Rechtsprechung	568
2. Maßstab für die Einhaltung des Geheimwettbewerbs	569
3. Sonderfall: „Spätere“ Konzernverbundenheit	573
E. Änderungen der Zusammensetzung und Bildung von Bietergemeinschaften im Verlauf eines Vergabeverfahrens	574
I. Verfahren ohne Teilnahmewettbewerb	575
II. Verfahren mit Teilnahmewettbewerb	576
III. Erneute Eignungsprüfung	579

Inhaltsverzeichnis

IV. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines Bietergemeinschaftsmitglieds	579
V. Änderungen im Gesellschafterbestand und Umwandlungen eines Bietergemeinschaftsmitglieds	580
VI. Vergaberechtliche Auswirkungen von Änderungen der Zusammensetzung von Bietergemeinschaften nach Zuschlagserteilung	582
F Die Prozessführungsbefugnis bei Bietergemeinschaften	583
I. Die Antragsbefugnis in Nachprüfungsverfahren	583
1. Antragsbefugnis grundsätzlich nur für die Bietergemeinschaft, nicht für die einzelnen Mitglieder	583
2. Antragsbefugnis einzelner Bietergemeinschaftsmitglieder über das Institut der „gewillkürten“ Prozessstandschaft	586
II. Die Rügebefugnis	587
III. Vereinbarungen zur Rüge- und Prozessführungsbefugnis	588

§ 18 Unterauftragnehmer

A. Einleitung	598
B. Der Rechtsrahmen für Unterauftragnehmer	599
I. Normen	599
II. Definition	600
1. Abgrenzung zur Zurechnung von Eignungsnachweisen	601
2. Abgrenzung zu Zulieferern und sonstigen Dritten	602
C. Erforderliche Erklärungen und Nachweise zum Unterauftragnehmereinsatz	604
I. Absichtserklärung	605
II. Unterauftragnehmerbenennung und Verfügbarkeitsnachweis	606
III. Eignungsnachweise des Unterauftragnehmers	608
D. Probleme im Zusammenhang mit dem Unterauftragnereinsatz	610
I. Das Gebot der Selbstausführung	610
1. Die frühere Rechtslage	610
2. Die Rechtslage nach dem ÖPP- Beschleunigungsgesetz 2006 und der Vergaberechtsreform 2016	610
II. Mehrfachbeteiligungen	614
1. Beteiligung eines Unternehmens als Bieter und Unterauftragnehmer ...	614
2. Beteiligung als Unterauftragnehmer mehrerer Bieter	614
3. Überkreuzbeteiligung	615
III. Austausch von Unterauftragnehmern	615
1. Austausch auf Betreiben eines Unternehmens	615
2. Austausch auf Betreiben des öffentlichen Auftraggebers	617

Kapitel 4 Auftragsgegenstand, Leistungsbeschreibung und Vergabeunterlagen

§ 19 Leistungsbeschreibung

A. Einleitung	642
B. Ermittlung des Beschaffungsbedarfs	643
C. Arten der Leistungsbeschreibung	644
I. Konstruktive Leistungsbeschreibung	644
II. Funktionale Leistungsbeschreibung	645
III. Rangverhältnis	646

D. Grundsätze der Leistungsbeschreibung	647
I. Bestimmungsrecht des Auftraggebers	647
II. Auslegung der Leistungsbeschreibung	647
III. Eindeutige und erschöpfende Beschreibung	648
1. Grundsatz	648
2. Sonderfälle	650
3. Offenhalten von Wahlmöglichkeiten des Auftraggebers	653
IV. Verbot ungewöhnlicher Wagnisse bzw. unzumutbarer Kalkulationsrisiken	654
V. Grundsatz der Produktneutralität	656
1. Ausnahme bei sachlicher Rechtfertigung	656
2. Vorgabe von Leitfabrikaten	662
VI. Änderungen der Leistungsbeschreibung	664
E. Inhalt der Leistungsbeschreibung	665
I. Allgemeines	665
II. Auftragsbezug der Merkmale	666
III. Technische Anforderungen bzw. Spezifikationen	667
1. Begriff	667
2. Bezugnahme auf Normen und andere technische Regelwerke	670
IV. Konformitätsnachweis durch Bescheinigungen und Gütezeichen	673
1. Nachweis durch Konformitätsbescheinigungen und Zertifikate akkreditierter Prüfstellen	674
2. Nachweis durch Gütezeichen	676
F. Barrierefreiheit und „Design für Alle“	682
I. Allgemein	682
II. Nutzung durch natürliche Personen	682
III. Grenzen und Ausnahmen	684
G. Umweltschutzanforderungen und Nachhaltigkeit	684
I. Umweltschutzanforderungen als Teil der Leistungsbeschreibung	685
1. Umweltanforderungen als Teil der technischen Anforderungen	685
2. Umwelt- und Nachhaltigkeitsanforderungen als besondere Ausführungsbedingungen	688
II. Zwingende Vorgaben zur Energieeffizienz	688
1. Anwendungsbereich: „Energieverbrauchsrelevante“ Güter	689
2. Anforderung des höchsten Energieeffizienz-Niveaus	690
3. Bieterschützende Vorschrift	691
III. Zwingende Vorgaben für Straßenfahrzeuge	692
 § 20 Vergabeunterlagen und Vertragsbedingungen	
A. Einleitung	708
B. Bestandteile der Vergabeunterlagen	710
I. Anschreiben und Bewerbungsbedingungen/Teilnahmebedingungen	710
1. Begriffe	710
2. Inhalt	712
II. Vertragsunterlagen	718
1. Leistungsbeschreibung	718
2. Vertragsbedingungen	718
3. Ausführungsbedingungen	725
III. Weitere mögliche Bestandteile	730
1. Liste der geforderten Nachweise bzw. Angabe der einzureichenden Unterlagen	730
2. Formulare für die Angebotserstellung	732

Inhaltsverzeichnis

3. Antworten auf Bieterfragen und sonstige Bieterinformationen	732
4. Insbesondere: Änderung von Vergabeunterlagen	733
IV. Sonderfall: Aufforderung zur Interessensbestätigung	733
C. Eindeutigkeit und Auslegung der Vergabeunterlagen	734
D. Verhältnis zwischen Bekanntmachung und Vergabeunterlagen	736
E. Kostenersatz	737
I. Bereitstellung und Kostenersatz für Vergabeunterlagen	737
II. Kostenersatz für die Angebotserarbeitung	738

§ 21 Öffentliches Preisrecht

A. Einleitung	740
B. Rechtsquellen und Grundprinzipien des öffentlichen Preisrechts	741
I. Rechtsquellen	741
II. Prinzipien des öffentlichen Preisrechts	742
1. Marktpreisvorrang	742
2. Festpreisvorrang	743
3. Höchstpreisprinzip	743
C. Vorgaben der VO PR Nr. 30/53 und Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten	745
I. Anwendungsbereich der VO PR Nr. 30/53	745
1. Begriff des Auftrags	745
2. Persönlicher Anwendungsbereich	746
3. Auftragnehmer	747
4. Befreiungsmöglichkeit für erwerbswirtschaftlich tätige öffentliche Auftraggeber	748
5. Fakultative Anwendung auf Nachunternehmerleistungen	748
6. Verhältnis zu anderen preisrechtlichen Regelungen	749
II. Preistypen und ihre Zulässigkeit nach der VO PR Nr. 30/53	750
1. Allgemeines	750
2. Marktpreise	751
3. Selbstkostenpreise	759
III. Ermittlung des Selbstkostenpreises nach LSP und Rechtsprechung	761
1. Allgemeine Anforderungen an Auftragnehmer	762
2. Grundsätze der Preisermittlung	762
3. Bestandteile des Selbstkostenpreises	762
IV. Preisaufsicht und Preisprüfung	764
1. Preisprüfungsrecht der Preisüberwachungsstellen	764
2. Feststellungsrechte nach § 10 VO PR Nr. 30/53	767
3. Prüfungsrecht des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr	768
V. Preisvorbehalte	768
1. Zulässigkeit von Preisvorbehalt	768
2. Insbesondere: Preisgleitklauseln	769
VI. Gültigkeit und Relevanz der VO PR Nr. 30/53	771
1. Verfassungsmäßigkeit	771
2. Fortbestehende Relevanz	773
VII. Rechtsfolgen von Verstößen	773

§ 22 Berücksichtigung strategischer Ziele – Green und Sustainable Public Procurement

A. Einleitung	777
---------------------	-----

B. Umweltorientierte Auftragsvergabe – Green Public Procurement (GPP)	778
I. Rechtliche Grundlagen	778
1. Rechtsgrundlagen auf europäischer Ebene	778
2. Rechtsgrundlagen auf nationaler Ebene	781
II. Konsequenzen für die Ausschreibungsgestaltung	782
1. Auswahl des Auftragsgegenstands	782
2. Leistungsbeschreibung	782
3. Eignungskriterien	784
4. Zuschlagskriterien	785
5. Auftragsausführungsbedingungen	787
III. Nachhaltige Auftragsvergabe – Sustainable Public Procurement (SPP)	787
1. Leistungsbeschreibung	788
2. Eignungskriterien	788
3. Zuschlagskriterien	789
4. Ausführungsbedingungen	789

Kapitel 5 Bekanntmachungen, Form- und Fristvorgaben

§ 23 Auftragsbekanntmachungen und andere Ex-ante-Veröffentlichungen

A. Einleitung	801
B. Auftragsbekanntmachung	802
I. Allgemeines	802
II. Bekanntmachungspflicht	803
III. EU-weite Bekanntmachung	804
1. Bekanntmachungsinhalt	805
2. Veröffentlichung im EU-Amtsblatt	812
3. Parallel Veröffentlichung im Inland	815
4. Rechtsfolgen einer fehlenden Auftragsbekanntmachung	815
IV. Bekanntmachung auf nationaler Ebene	816
1. Anwendungsbereich	816
2. Bekanntmachungsinhalt	816
3. Veröffentlichung	818
V. Auslegung von Bekanntmachungen	819
C. Vorinformation	820
I. Allgemeines	820
II. Anwendungsbereich und Erforderlichkeit einer Vorinformation	821
III. Erstellung der Vorinformation	822
IV. Veröffentlichung der Vorinformation	823
V. Rechtsfolgen einer Vorinformation	826
D. Freiwillige Bekanntmachungen	827
I. Freiwillige Auftragsbekanntmachung trotz fehlender Bekanntmachungspflicht	827
II. Freiwillige Ex-ante-Transparenzbekanntmachung	827
E. Beschafferprofil	828

§ 24 Bereitstellung und Versand von Vergabeunterlagen

A. Einleitung	834
B. Elektronische Bereitstellung	835
I. VgV, VOB/A-EU, SektVO	835
1. Bereitstellung im Regelfall	835

Inhaltsverzeichnis

2. Bereitstellung auf anderem Weg	836
3. Maßnahmen zum Schutz von Vertraulichkeit	836
II. KonzVgV	836
III. Verteidigung- und sicherheitsrelevante Vergaben	837
IV. Unterschwellenbereich	837
C. Vorgaben für den Versand	837
I. Oberschwellenvergaben	837
1. Vorgaben der RL 2014/24/EU	837
2. VgV – Abschnitt 2	837
3. VgV – Abschnitte 3, 5 und 6	838
4. KonzVgV und SektVO	838
5. VOB/A-EU	838
II. Unterschwellenvergaben	839
1. VOB/A	839
2. UVgO	841
D. Kostenerstattung bei Oberschwellenvergaben	841
E. Kostenerstattung für die Versendung nach VOB/A und UVgO	841
I. VOB/A	841
1. Versendung erst nach Zahlung	842
2. Möglichkeit der Kostenerstattung	842
3. Höhe der Kostenerstattung	842
II. UVgO	843
F. Rechtsfolgen verspäteter Versendung	843
G. Bereich Verteidigung und Sicherheit	843
I. VSvgV	843
II. VOB/A-VS	844
A. Einleitung	851
B. Grundlagen der Fristberechnung	851
I. FristenVO als gemeinsame Grundlage	851
II. Abgrenzung Tag – Kalendertag – Werktag – Arbeitstag	852
III. Beginn und Ende von Fristen	852
1. Beginn	852
2. Ende	852
IV. Definitionen	853
1. Bewerbungsfrist oder Teilnahmefrist	853
2. Angebotsfrist	853
3. Bindefrist	853
V. Angemessenheit von Fristen	853
C. VgV – allgemeine Vorschriften in Abschnitt 2	854
I. Offenes Verfahren	856
1. Angebotsfrist	856
2. Bindefrist	858
II. Nicht offenes Verfahren	859
1. Bewerbungsfrist	859
2. Angebotsfrist	859
3. Bindefrist	861
III. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	861
1. Bewerbungsfrist	861
2. Angebotsfrist	862

3. Bindefrist	862
IV. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	862
V. Wettbewerblicher Dialog	863
VI. Innovationspartnerschaft	863
VII. Dynamisches Beschaffungssystem	863
VIII. Elektronische Auktion	864
IX. Elektronische Kataloge	864
D. VgV – besondere Vorschriften der Abschnitte 3–6	864
I. Allgemeine Grundsätze	864
II. Vergabe von sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen iSd §§ 64ff. VgV	864
III. Durchführung von Wettbewerben iSd §§ 69ff. VgV und §§ 78ff. VgV	865
IV. Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen iSd §§ 73ff. VgV	865
E. VOB/A-EU	865
I. Allgemeine Grundsätze	865
II. Offenes Verfahren	867
1. Angebotsfrist	867
2. Bindefrist	868
III. Nicht offenes Verfahren	869
1. Bewerbungsfrist	869
2. Angebotsfrist	869
3. Bindefrist	870
IV. Verhandlungsverfahren	870
1. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	870
2. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	871
V. Wettbewerblicher Dialog und Innovationspartnerschaft	871
VI. Dynamisches Beschaffungssystem	871
VII. Elektronische Auktion und elektronische Kataloge	871
F. KonzVgV	872
I. Zeitplan	872
II. Fristbemessung	872
G. Fristen im Sektorenbereich	873
I. Europarechtliche Grundlagen	873
II. Vorgaben der SektVO	873
1. Grundsatz	874
2. Offene Verfahren	875
3. Nicht offene Verfahren und Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb	875
4. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	876
5. Wettbewerblicher Dialog	876
6. Innovationspartnerschaft	876
7. Dynamisches Beschaffungssystem	876
8. Elektronische Auktion	877
9. Elektronische Kataloge	877
H. Fristen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	877
I. VSVgV	878
1. Grundsatz	879
2. Bewerbungsfrist bei nicht offenen Verfahren, im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb und im wettbewerblichen Dialog	879
3. Angebotsfrist bei nicht offenen Verfahren	879
4. Verhandlungsverfahren	880

Inhaltsverzeichnis

5. Auskunftsfrist bei nicht offenen Verfahren und Verhandlungsverfahren	880
II. VOB/A-VS	880
1. Nicht offene Verfahren	881
2. Verhandlungsverfahren	882
3. Wettbewerblicher Dialog	882
I. VOB/A Abschnitt 1	882
I. Öffentliche Ausschreibung	883
1. Angebotsfrist	883
2. Bindefrist	884
II. Beschränkte Ausschreibung	885
1. Bewerbungsfrist	885
2. Angebotsfrist	885
3. Bindefrist	886
III. Freihändige Vergabe	886
1. Angebotsfrist	886
2. Bindefrist	886
J. UVgO	886
H. RPW	887

§ 26 Form und Inhalt von Teilnahmeanträgen und Angeboten

A. Formerfordernisse	897
I. Grundsätze der Informationsübermittlung	897
II. Spezifische Anforderungen an Teilnahmeanträge	898
1. Übermittlungswege für Teilnahmeanträge	898
2. Unvereinbarkeit/Vertraulichkeit der Teilnahmeanträge	899
3. Unterschriftserfordernisse/Elektronische Signatur	900
4. Bestätigung von Teilnahmeanträgen	901
III. Anforderungen an Angebote	901
1. Formvorgaben	901
2. Unterschriftserfordernisse	901
B. Notwendige Inhalte	902
I. Eindeutige Bezeichnung des Bewerbers bzw. Bieters	902
II. Inhalte des Teilnahmeantrages	903
1. Formblätter	903
2. Erklärungen und Nachweise zu Mindestbedingungen	903
3. Eignungsnachweise	904
4. Besonderheiten bei Bietergemeinschaften	906
5. Unterauftragnehmererklärungen	908
III. Weitergehende Inhalte des Angebots	909
1. Preise, Erklärungen und Angaben	909
2. Angabe der notwendigen Inhalte in der Angebotsaufforderung	910
3. Nachunternehmererklärungen	910
4. Angaben bei Nebenangeboten	911

Kapitel 6 Angebote und Wertung

§ 27 Angebotsöffnung

A. Einleitung	917
I. Europarechtlicher Hintergrund	917
II. Bedeutung	918
1. Schutz vor Manipulation	918

2. Bindung des Bieters	918
III. Begriffliches	919
B. VgV	919
I. Vorgaben der VgV für den Öffnungstermin	919
II. Wahrung der Vertraulichkeit	919
III. Dokumentation	920
IV. Aufbewahrung	920
V. Anforderungen nach allgemeinen Grundsätzen	921
C. VOB/A-EU	921
I. Zwingend vorgesehener Öffnungstermin	921
II. Prüfung der Unversehrtheit	922
III. Kennzeichnung der Angebote	922
IV. Niederschrift	923
V. Information der Bieter	923
D. SektVO	923
E. KonzVgV	924
I. Vorgaben der KonzVgV	924
II. Anforderungen aus Allgemeinen Grundsätzen	924
F. Bereich Verteidigung und Sicherheit	924
I. VSVgV	924
II. VOB/A-VS	925
G. VOB/A – Unterschwellenbereich	925
I. Öffnungstermin bei Ausschreibungen ohne Zulassung schriftlicher Angebote	925
II. Eröffnungstermin bei Ausschreibungen bei Zulassung schriftlicher Angebote	926
1. Zwingend vorgesehener Eröffnungstermin, Teilnehmer	926
2. Umgang mit eingegangenen Angeboten	926
3. Prüfung der Unversehrtheit	927
4. Kennzeichnung der Angebote	927
5. Verlesung	927
6. Niederschrift	928
7. Einsicht und Mitteilung	928
II. Freihändige Vergabe	928
H. UVgO	929
I. Keine Bieteröffentlichkeit, Anwesenheit	929
II. Umgang mit eingegangenen Angeboten	929
III. Prüfung und Kennzeichnung	930
IV. Dokumentation	930
V. Umgang mit der Dokumentation	930

§ 28 Nebenangebote

A. Einleitung	934
B. Begriff	935
I. Abweichung von den Vergabeunterlagen	935
II. Abgrenzung zu Hauptangeboten	936
C. Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Nebenangeboten	937
I. Zulassung von Nebenangeboten	938
1. Oberschwellenbereich	938
2. Unterschwellenbereich	944

Inhaltsverzeichnis

3. Notwendigkeit eines Hauptangebots	944
II. Mindestanforderungen	945
1. Oberschwellenbereich	945
2. Unterschwellenbereich	947
III. Sonstige Anforderungen	948
D. Wertung von Nebenangeboten	949
I. Besonderheiten bei inhaltlichen Anforderungen	949
1. Erfüllen der Mindestanforderungen	950
2. Gleichwertigkeitsprüfung	950
II. Gegebenenfalls: Vorliegen eines wertbaren Hauptangebots	952
III. Besonderheiten bei formalen Anforderungen	952
1. Unterzeichnung von Nebenangeboten	952
2. Besondere Formerfordernisse	952
3. Nachreichen von Erklärungen und Nachweisen	953
IV. Folgen des Nebenangebotsausschlusses für das Hauptangebot	954
 § 29 Formelle Angebotsprüfung (erste Wertungsstufe)	
A. Einleitung	961
B. Zwingende Ausschlussgründe	962
I. Verspätete Angebote	962
1. Maßgeblicher Zeitpunkt	962
2. Entschuldbarkeit von Verspätungen	964
II. Formal fehlerhafte Angebote	965
III. Änderungen an den Vergabeunterlagen	966
1. Vorliegen einer Änderung an den Vergabeunterlagen	967
2. Sonderfall: Allgemeine Geschäftsbedingungen	969
3. Umdeutung in ein Nebenangebot	970
IV. Nicht eindeutige Änderungen an Eintragungen des Bieters	970
V. Fehlende/Unvollständige/Unrichtige Unterlagen	971
1. Unterlagen	971
2. Korrigierbare Mängel	972
3. Möglichkeit bzw. Pflicht zur Nachforderung	973
4. Länge der Nachfrist	975
VI. Fehlende Preisangaben	976
1. „Fehlende“ Preisangabe	976
2. Nachforderung fehlender Preisangaben	976
3. Besonderheiten im Konzessionsbereich	978
VII. Nicht zugelassene und nicht den Mindestanforderungen entsprechende Nebenangebote	979
VIII. Abgabe mehrerer Hauptangebote entgegen den Vorgaben des Auftraggebers	980
IX. Angebote von Bietern, die im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben haben, § 16 Abs. 1 Nr. 10 VOB/A	981
X. Verstoß gegen die Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben	981
C. Fakultative Ausschlussgründe	982
I. Nachweislicher Verstoß gegen umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen im Rahmen der Ausführung öffentlicher Aufträge	982
II. Zahlungsunfähigkeit/Insolvenz/Liquidation/Einstellung der Tätigkeit	983
1. Zahlungsunfähigkeit	983
2. Insolvenz	983
3. Liquidation	985

4. Einstellung der Tätigkeit	985
III. Nachweisbare schwere Verfehlung, die die Eignung in Frage stellt	985
1. Begehung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	985
2. Vertragswidriges Verhalten	986
3. Bezugspunkt: Handelnde Personen	987
4. Vergabesperre	987
IV. Wettbewerbsbeschränkende Abreden	988
1. Kartellabsprachen	988
2. Bildung von Bietergemeinschaften	989
3. Kenntnis des Bieters von Angeboten anderer Bieter	991
V. Interessenskonflikt	994
VI. Wettbewerbsverzerrung durch Beteiligung von Projektanten	995
VII. Mangelhafte Vertragserfüllung in Bezug auf einen früheren öffentlichen Auftrag	996
VIII. Unzutreffende Angaben zur Eignung	997
IX. Unzulässige Beeinflussung der Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers	998
X. Fehlende Anmeldung bei einer Berufsgenossenschaft	999
D. Selbstreinigung	999

§ 30 Eignungsprüfung (zweite Wertungsstufe)

A. Einleitung	1023
B. Die Eignungskriterien	1024
I. Fachkunde	1025
II. Leistungsfähigkeit	1025
C. Keine Vermengung von Eignungskriterien und Zuschlagskriterien	1026
D. Mindestanforderungen an die Eignung	1026
E. Bekanntmachung der Eignungskriterien und der Nachweisform	1027
F. Die Eignungsprüfung	1028
I. Zeitpunkt der Eignungsprüfung	1030
II. Entscheidungsspielraum des Auftraggebers	1031
III. Aufklärungen über die Eignung	1031
G. Eignungsnachweise	1033
I. Allgemeine Anforderungen an die Eignungsnachweise	1033
II. Eignungsnachweise in den Einzelbereichen	1033
1. Nachweis der Leistungsfähigkeit (wirtschaftliche Leistungsfähigkeit)	1033
2. Nachweis der Fachkunde	1035
III. Qualität der Nachweise	1037
IV. Abschließende Festlegung der Eignungsnachweise in der gesetzlichen Normierung?	1037
H. Präqualifikationssysteme	1038
I. Einführung	1038
II. Begriffsbestimmung und Vorteile des Präqualifikationsverfahrens	1039
III. Einrichtung von Präqualifikationssystemen	1039
IV. Nachweise der Eignung mittels Präqualifikationssystem	1041
V. Anerkennung anderer Präqualifikationsverzeichnisse	1042
I. Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)	1042
I. Regelungsziele	1042
II. Eignungsnachweis durch EEE	1043
III. Standardformular der EEE	1044

Inhaltsverzeichnis

IV. Verwendungspflicht oder Akzeptanzpflicht der EEE	1045
V. Wiederverwendung der EEE und Verweis auf öffentlich zugängliche Datenbanken	1046
J. Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise	1047
I. Bekanntgabe der geforderten Nachweise in der Bekanntmachung	1047
II. Vorlage mit dem Teilnahmeantrag bzw. dem Angebot	1047
III. Nachforderung fehlender Nachweise	1047
IV. Nachweis der Eignung durch Bezugnahme auf dritte Unternehmen	1049
K. Erläuterung der Unterlagen	1049
L. Nachweis der Eignung durch andere geeignete Nachweise	1049

§ 31 Preisprüfung (dritte Wertungsstufe)

A. Einleitung	1054
B. Bieterschützende Funktion	1057
C. Inhalt und Ablauf der Preisprüfung	1059
I. Unterkostenangebot	1059
1. Vorprüfung: Ermittlung zweifelhafter Angebote	1059
2. Preisaufklärung	1065
3. Bewertung der Erklärungen des Bieters	1071
4. Darlegung im Streitfall	1079
5. Entscheidung über den Ausschluss	1080
II. Überhöhter Preis	1081
1. Keine Vorprüfung und keine Aufklärungspflicht	1082
2. Angemessenheitsprüfung	1083
3. Entscheidung über den Ausschluss	1084

§ 32 Die Angebotswertung (vierte Wertungsstufe)

A. Einleitung	1091
B. Auswahl und Bekanntmachung der Zuschlagskriterien	1092
I. Das „wirtschaftlich günstigste Angebot“	1093
1. Regelfall: Preis- und Qualitätswettbewerb	1093
2. Sonderfall: Reiner Preiswettbewerb	1096
3. Sonderfall: Reiner Qualitätswettbewerb	1098
II. Grundlegende Anforderungen an Zuschlagskriterien	1100
1. Wertungsfähigkeit	1100
2. Objektivität	1100
3. Verbindung mit dem Auftragsgegenstand; Nachhaltigkeitskriterien	1101
4. Hinreichende Bestimmtheit der Zuschlagskriterien einschließlich Unterkriterien	1104
III. Typische Zuschlagskriterien	1108
1. Preis	1108
2. Kosten, insbes. Lebenszykluskosten	1109
3. Qualität	1111
4. Ästhetik	1111
IV. Bekanntmachung der Zuschlagskriterien und Unterkriterien	1112
C. Auswahl und Bekanntmachung der Gewichtung und Wertungsmatrix	1113
I. Die Gewichtung	1114
II. Berechnungs-/Wertungsmethode – Wertungsmatrix	1116
D. Durchführung der Wertung	1122

Kapitel 7 Beendigung des Vergabeverfahrens**§ 33 Aufhebung**

A. Einleitung	1130
I. Begrifflichkeiten	1130
II. Rechtsnatur und Wirksamkeit der Aufhebung	1131
III. Rechtsrahmen der Aufhebung	1133
1. Vergabeverordnungen und -ordnungen	1133
2. Allgemeine Grundsätze des Vergaberechts	1133
3. Grundrechte	1133
4. Europarecht	1133
IV. Kein Kontrahierungszwang	1135
B. Die Aufhebungstatbestände der VgV, der VSVgV, der UVgO, der VOL/A und der VOB/A	1136
I. Anwendungsbereich	1136
II. Ausnahmeharakter der Aufhebungstatbestände; Darlegungs- und Beweislast	1138
III. Die einzelnen Aufhebungstatbestände	1140
1. VgV	1140
2. VSVgV	1153
3. UVgO	1154
4. VOL/A	1155
5. VOB/A	1155
6. Abschließender Charakter der Aufhebungstatbestände	1157
IV. Teilaufhebung	1157
C. Ermessensentscheidung des Auftraggebers	1158
D. Mitteilungspflichten	1159
I. § 63 Abs. 2 VgV	1160
II. § 37 Abs. 2 VSVgV	1161
III. § 46 Abs. 1 S. 2 UVgO	1161
IV. § 17 Abs. 2 VOL/A	1161
V. § 17 Abs. 2 VOB/A	1161
VI. § 17 EU Abs. 2 VOB/A	1161
VII. § 17 VS Abs. 2 VOB/A	1162
E. Rechtsschutz gegen die Aufhebung	1162
I. Stathaltigkeit eines Nachprüfungsantrags	1162
1. Grundsatz	1162
2. Materiell-rechtlicher Ausgangspunkt	1162
3. Verfahrensrechtliche Umsetzung	1163
II. Rügeobligieheit	1166
III. Materiell-rechtlicher Prüfungsmaßstab	1166
F Schadensersatz	1167

§ 34 Informations- und Wartepflicht

A. Einleitung	1171
B. Anwendungsbereich	1173
I. Vergabearten	1173
II. De-facto-Vergaben	1174
III. Aufhebung von Vergabeverfahren	1175

Inhaltsverzeichnis

C. Informationspflicht	1176
I. Empfänger der Information	1176
1. Unterlegene Bieter	1176
2. Bewerber, deren Bewerbung abgelehnt wurde	1179
II. Inhalt der Information	1180
1. Absicht des Vertragsschlusses	1180
2. Name des vorgesehenen Zuschlagsempfängers	1181
3. Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung	1181
4. Frühestes Zeitpunkt des Vertragsschlusses	1183
III. Form der Information	1184
V. Verhältnis zu sonstigen Informationspflichten	1186
D. Wartepflicht	1186
I. Inhalt der Wartepflicht	1186
II. Dauer der Wartefrist	1187
III. Beginn der Wartefrist	1188
E. Ausnahmen	1189
F. Folgen eines Verstoßes	1190
I. § 135 Abs. 1 Nr. 1 GWB	1190
II. Anspruch auf Einhaltung der Informations- und Wartepflicht	1190
G. § 19 EU Abs. 2 und 3 VOB/A, § 19 VS Abs. 2 und 3 VOB/A	1191
H. Informations- und Wartepflichten außerhalb von § 134 GWB	1191
I. Landesrechtliche Regelungen	1191
II. Informations- und Wartepflicht auf Grund des Justizgewährungsanspruchs?	1192
III. Unionsrechtlich begründete Informations- und Wartepflicht?	1193
beck shop.de § 35 Zuschlagserteilung	
A. Einleitung	1198
B. Wirksamkeit des Zuschlags	1200
I. Grundsatz	1200
II. Verstöße gegen vergaberechtliche Bestimmungen	1200
III. Verstöße gegen vertragsrechtliche Bestimmungen	1200
1. § 134 BGB	1201
2. § 138 Abs. 1 BGB	1202
C. Zeitpunkt des Zuschlags	1203
D. Form des Zuschlags	1204
I. Vergaberechtliche Formerfordernisse	1204
1. VOL/A	1204
2. VgV, UVgO, VOB/A	1205
II. Formerfordernisse aus sonstigen Bestimmungen	1205
E. Stellvertretung	1206
§ 36 Dokumentation, Information über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote und andere Ex-post-Bekanntmachungs-, Melde- und Berichtspflichten	
A. Einleitung	1220
B. Dokumentation und Vergabevermerk	1220
I. Funktionen der Dokumentation	1221
1. Kontrolle des Vergabeverfahrens	1221
2. Rechtsschutz der am Auftrag interessierten Unternehmen	1222
3. Nachweis des Vertragsschlusses	1222

II. Inhalt der Dokumentation	1222
1. § 8 VgV	1222
2. § 6 Abs. 1 UVgO	1226
3. § 20 VOL/A	1226
4. VOB/A	1227
5. § 43 VSVgV	1228
III. Form der Dokumentation	1228
IV. Zeitpunkt der Dokumentation	1229
V. Aufbewahrungs- und Vorlagepflicht	1229
VI. Folgen eines Dokumentationsmangels	1230
C. Mitteilung über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote	1232
I. § 62 VgV	1233
1. Informationspflicht nach § 62 Abs. 1 VgV	1233
2. Informationspflicht nach § 62 Abs. 2 VgV	1233
3. Zurückhalten von Informationen	1235
II. § 46 UVgO	1236
1. Zeitpunkt der Mitteilung	1236
2. Inhalt der Mitteilung	1237
3. Zurückhalten von Informationen	1237
III. § 19 Abs. 1 und 3 VOL/A	1237
IV. § 19 VOB/A	1238
1. Allgemeine Mitteilungspflicht	1238
2. Pflicht zur Angabe der Gründe	1238
3. Umgang mit Bieterunterlagen	1239
V. § 19 EU VOB/A	1239
VI. § 36 VSVgV	1240
D. Bekanntmachung der Auftragsvergabe	1241
I. § 39 VgV	1241
II. § 30 UVgO	1242
III. § 19 Abs. 2 VOL/A	1243
IV. § 20 Abs. 3 VOB/A	1243
V. § 18 EU Abs. 3 und 4 VOB/A; § 18 VS Abs. 3 und 4 VOB/A	1244
VI. § 35 VSVgV	1244
E. Mitteilung über beabsichtigte beschränkte Ausschreibungen	1245
F. Melde- und Berichtspflichten; Vergabestatistik	1245
I. Europarechtliche Grundlagen	1245
II. Melde- und Berichtspflichten	1246
III. Vergabestatistik	1246
1. Gesetzliche Grundlagen	1246
2. VergStatVO	1247

Kapitel 8 Rechtsfolgen von Vergaberechtsverstößen

§ 37 Kündigung in besonderen Fällen, Unwirksamkeit und Rückabwicklung

A. Einleitung	1253
B. Gesetzliche Sonderkündigungsrechte nach § 133 GWB	1254
I. Anwendungsbereich und Reichweite	1254
1. Kündigungsberechtigte	1254
2. Voraussetzung: Wirksamer Vertrag/Konzession	1255
3. Keine abschließende Regelung	1256

Inhaltsverzeichnis

II.	Die einzelnen Kündigungsgründe des § 133 Abs. 1 GWB	1258
1.	Wesentliche Vertragsänderung (§ 133 Abs. 1 Nr. 1 GWB)	1258
2.	Vorliegen zwingender Ausschlussgründe (§ 133 Abs. 1 Nr. 2 GWB)	1259
3.	Vom EuGH festgestellte Unionsrechtswidrigkeit (§ 133 Abs. 1 Nr. 3 GWB)	1260
III.	Rechtsfolgen der Kündigung, § 133 Abs. 2 und 3 GWB	1261
C.	Unwirksamkeitsgründe nach § 135 GWB	1262
I.	Unwirksamkeit wegen Verstoßes gegen § 134 GWB (§ 135 Abs. 1 Nr. 1 GWB)	1262
II.	Unwirksamkeit wegen ungerechtfertigten Absehens von EU-weiter Bekanntmachung (de facto-Vergabe; § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB)	1263
1.	De facto-Vergaben	1264
2.	Ausnahmen vom Verbot der de facto-Vergabe	1266
III.	Feststellung der Unwirksamkeit in einem Nachprüfungsverfahren (§ 135 Abs. 1 aE, Abs. 2 GWB)	1269
1.	Fristen zur Geltendmachung der Unwirksamkeit	1269
2.	Antragsbefugnis	1274
3.	Besonderheiten hinsichtlich der Rügeobliegenheit	1276
IV.	Rechtsfolgen	1277
1.	Tenorierung durch die Vergabekammer	1278
2.	Rechtsfolgen der Unwirksamkeit ex tunc	1278
3.	Ausnahmen von der Unwirksamkeitsfeststellung?	1279
D.	Sonstige Unwirksamkeitsgründe	1280
I.	Anwendbarkeit sonstiger Nichtigkeitstatbestände neben § 135 GWB	1280
II.	§ 134 BGB	1281
III.	§ 138 BGB	1282
 § 38 Schadensersatz		
A.	Einleitung	1284
B.	Schadensersatz bei Rechtsmissbrauch gemäß § 180 GWB	1286
I.	Rechtsmissbräuchliche Nachprüfungsanträge und Beschwerden (§ 180 Abs. 1, 2 GWB)	1286
1.	Normadressaten	1286
2.	Ungerechtfertigt gestellter Nachprüfungsantrag oder sofortige Beschwerde	1287
3.	Beispiele für missbräuchliches Verhalten (§ 180 Abs. 2 GWB)	1289
4.	Schaden	1293
5.	Haftung für Dritte	1294
6.	Verhältnis zu sonstigen Anspruchsgrundlagen	1294
II.	Ungerechtfertigte vorläufige Maßnahmen (§ 180 Abs. 3 GWB)	1295
1.	Normadressaten	1295
2.	Tatbestandsvoraussetzungen	1295
3.	Umfang des Schadensersatzanspruchs	1296
III.	Rechtsweg	1296
IV.	Darlegungs- und Beweislast	1296
V.	Verjährung des Anspruchs	1297
C.	Anspruch auf Ersatz des Vertrauenschadens gemäß § 181 S. 1 GWB	1297
I.	Anspruchsvoraussetzungen	1297
1.	Normadressaten	1297
2.	Verstoß gegen bieterschützende Vorschriften	1298
3.	Beeinträchtigung einer echten Chance auf Zuschlagserteilung	1300

4. Verschuldensunabhängige Haftung	1302
5. Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens	1303
6. Mitverschulden	1304
II. Umfang des Schadensersatzes	1306
III. Verjährung	1307
IV. Rechtsweg	1307
V. Darlegungs- und Beweislast	1307
D. Weitergehende Schadensersatzansprüche, § 181 S. 2 GWB	1307
I. Vertragsähnliche Ansprüche aus culpa in contrahendo gemäß §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2, 280 Abs. 1 BGB	1308
1. Anspruchsvoraussetzungen	1308
2. Darlegungs- und Beweislast	1316
II. Deliktische Ansprüche	1316
1. § 823 Abs. 1 BGB	1316
2. § 823 Abs. 2 BGB iVm Schutzgesetzen	1316
3. § 826 BGB	1317
4. § 839 BGB iVm Art. 34 GG	1317
III. Sonstige Ansprüche	1317
1. Kartellrechtliche Ansprüche	1317
2. Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	1317
§ 39 Vertragsverletzungsverfahren	
A. Einleitung	1320
B. Korrekturmechanismus der Kommission gemäß § 183 GWB	1322
I. Regelungsgehalt	1322
II. Ablauf des Verfahrens	1323
1. Voraussetzungen für die Einleitung des Korrekturmechanismus (§ 183 Abs. 1 GWB)	1323
2. Stellungnahme des öffentlichen Auftraggebers (§ 183 Abs. 2 GWB)	1323
3. Weitergehende Informationspflicht (§ 183 Abs. 3 GWB)	1324
4. Weiteres Verfahren	1324
C. Vertragsverletzungsverfahren durch die EU-Kommission gemäß Art. 258 AEUV	1324
I. Verfahrensablauf	1325
1. Einleitung des Verfahrens	1325
2. Informelles Vorverfahren	1326
3. Förmliches Vorverfahren	1327
4. Gerichtsverfahren	1329
5. Beschleunigung des Verfahrens und einstweilige Anordnungen	1333
II. Rechtsfolgen der Feststellung eines Unionsrechtsverstoßes	1333
1. Pflicht zur Beseitigung der Vertragsverletzung, Art. 260 Abs. 1 AEUV	1333
2. Sanktionsverfahren, Art. 260 Abs. 2 AEUV	1335
3. Sanktionsverhängung gemäß Art. 260 Abs. 3 AEUV	1339
III. Beendigung von Beschaffungsverträgen bei festgestelltem Unionsrechtsverstoß	1340
IV. Beendigung unionsrechtswidriger Beschaffungsverträge ohne Beanstandung durch den EuGH?	1341

Kapitel 9 Rechtsschutz

§ 40 Zuständigkeiten

A. Einleitung	1345
---------------------	------

Inhaltsverzeichnis

B. EG-Rechtsmittel-Richtlinien	1346
C. Zuständigkeit für das Vergabennachprüfungsverfahren in erster Instanz	1347
I. Rechtliche Einordnung der Vergabekammern	1347
II. Örtliche Zuständigkeiten: § 159 GWB	1348
1. Zurechnung des Auftrags bzw. des Auftraggebers zu einer Gebietskörperschaft	1348
2. Verweisung bei Unzuständigkeit	1349
3. Örtliche Zuständigkeit und richtiger Antragsgegner	1350
D. Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in zweiter Instanz	1350
E. Unterrichtungspflicht	1351
§ 41 Rechtswegkonzentration, Antragsbefugnis und Rügeobliegenheit	
A. Einleitung	1354
B. § 97 Abs. 6 GWB	1355
I. Fundamentale Neuerung der Rechtslage durch das VGrÄG 1998	1355
II. Subjektive Rechte auf Durchsetzung des Vergaberechts aus Grundrechten?	1355
III. Anspruch auf Vertragsschluss oder zumindest auf „Aufhebung einer Aufhebung“?	1356
C. Rechtswegkonzentration	1356
I. Dienstleistungskonzessionen	1358
II. Verhältnis der §§ 155 ff. GWB zu Bestimmungen anderer Prozessordnungen	1358
1. Kartellrecht	1359
2. Patentrecht	1360
3. Sozialversicherungsrecht	1361
4. Weitere Beispiele: Kommunalwirtschaftsrecht, Abfallrecht und Wasserrecht	1362
III. Beschränkung des § 156 Abs. 2 GWB: Ansprüche gegen Auftraggeber	1362
IV. Beschränkung des § 156 Abs. 2 GWB: Ansprüche auf Handlungen in einem Vergabeverfahren	1363
V. Streit über die Zulässigkeit des beschrittenen Vergaberechtswegs	1364
D. Antragsbefugnis	1365
I. Interesse am öffentlichen Auftrag oder an der Konzession	1366
II. Möglichkeit der Verletzung von Vergabevorschriften	1366
III. (Drohender) Schaden	1368
IV. Kein vorbeugender Rechtsschutz	1369
E. Rügeobliegenheit (§ 160 Abs. 3 GWB)	1370
I. Grundsätze	1370
II. Erkennbare Vergaberechtsverstöße	1372
III. Positiv erkannte Vergaberechtsverstöße	1373
1. 10-Tages-Frist	1373
2. „Kenntnis“	1374
3. Darlegungs- und Beweislast	1374
IV. Verhältnis der Nrn. 1 bis 3 des § 160 Abs. 3 S. 1 GWB	1375
V. 15-Tages-Frist des § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB nach Zurückweisung einer Rüge	1375
VI. Entbehrllichkeit einer Rüge	1376
1. De-facto-Vergaben	1376
2. Weitere Fälle	1376
3. Sachverhalte, die erst im Rahmen eines Nachprüfungsverfahrens bekannt werden	1376

VII. Rügeobliegenheit und Untersuchungsgrundsatz	1377
F. Rechtsschutzbedürfnis	1378
 § 42 Nachprüfungsverfahren	
A. Einleitung	1381
B. Verfahrensgrundsätze	1381
I. Untersuchungs- oder Amtsermittlungsgrundsatz	1381
II. Mündliche Verhandlung	1382
III. Beschleunigungsmaxime	1383
C. Unzulässigkeit des Nachprüfungsantrags nach wirksam geschlossenem Vertrag	1384
I. Grundsätze	1384
II. Verzahnung mit den §§ 134, 135 GWB	1386
D. Fortsetzungsfeststellungsverfahren	1388
I. Erledigung des Nachprüfungsverfahrens	1388
II. Fortsetzungsfeststellungsinteresse	1389
E. Beiladung	1389
F. Akteneinsichtsrechte	1390
I. Grenzen	1390
II. Rechtsmittel?	1391
III. Weitergehende Akteneinsichtsrechte kraft der Informationsfreiheitsgesetze? 1391	
G. Befangenheit	1393
H. Nachprüfungsverfahren und Vergleiche der Beteiligten	1393
 beck shop.de	
DIE FACHBUCHHANDLUNG	
§ 43 Sofortige Beschwerde	
A. Einleitung	1397
B. Zulässigkeit	1397
I. Beschwerdefrist	1397
II. Entscheidung der Vergabekammer	1398
C. Begründetheit: Prüfungsumfang und -maßstab	1398
D. Verfahrensrecht	1399
I. Form- und Verfahrensregelungen im GWB	1399
II. Anwendbares Prozessrecht	1400
1. Entsprechende Anwendung der Vorschriften der ZPO über die §§ 175 Abs. 2, 73 Nr. 2 GWB	1400
2. Entsprechende Anwendung von Vorschriften der VwGO (Beispiel: Nachschieben von Gründen)	1402
III. Aufschiebende Wirkung der sofortigen Beschwerde	1402
E. Eilantrag gemäß § 173 Abs. 1 S. 3 GWB	1403
I. Prüfungsmaßstab und Abwägungsmaterial	1403
II. Verhältnis zu § 176 GWB	1403
III. Rechtsschutzbedürfnis	1404
F. Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Beschwerdegerichts?	1404
G. Bindungswirkung von Entscheidungen der Vergabekammern und -senate im Schadensersatzprozess	1404
 § 44 Vorabentscheidung über den Zuschlag	
A. Einleitung	1409

Inhaltsverzeichnis

B. Prüfung und Übermittlung eines Nachprüfungsantrages zur Auslösung des Zuschlagsverbotes	1410
C. Folgen der Information des öffentlichen Auftraggebers über den Nachprüfungsantrag (mindestens in Textform)	1411
I. Bewirkung eines gesetzlichen Zuschlagsverbotes	1411
II. Beendigung des Zuschlagsverbotes	1411
D. Vorabgestattung des Zuschlags (§ 169 Abs. 2 GWB)	1412
I. Vergabekammerverfahren	1412
II. Besonderes Rechtsmittelverfahren vor dem Beschwerdegericht	1413
E. Vorabentscheidung über den Zuschlag durch das Beschwerdegericht nach § 176 GWB	1413
I. Besonderheiten des Verfahrens	1413
II. Wirkungen der ablehnenden Entscheidung des Beschwerdegerichts (§ 177 GWB)	1415
F. Antrag auf weitere vorläufige Maßnahmen zum Eingriff in das Vergabeverfahren (§ 169 Abs. 3 GWB)	1415
I. Analoge Anwendung im Verfahren der sofortigen Beschwerde	1415
II. Inhalt des Tenors des Eilbeschlusses ist begrenzt durch die Hauptsache	1415
III. Rechtsschutzbedürfnis	1416
IV. Prüfungsmaßstab	1417
V. Kein Rechtsmittel	1417
VI. Eingriff in das Vergabeverfahren und in die Durchführung bereits geschlossener Verträge	1417

beck-shop.de

VOLLSTRECKUNG

ENTSCHIEDUNGEN

§ 45 Vollstreckung von Entscheidungen	
A. Einleitung	1419
B. Vollstreckungsvoraussetzungen („Zulässigkeit des Verwaltungszwanges“)	1420
I. Unanfechtbarkeit der Zuschlagsuntersagung oder Wegfall der aufschiebenden Wirkung der sofortigen Beschwerde	1420
II. Fortdauer des Zuschlagsverbots; Wirksamkeit eines entsprechenden Verwaltungsaktes	1420
III. Konkrete Anhaltspunkte für einen gegenwärtigen oder künftigen Verstoß gegen die durchsetzbare Pflicht; kein Verbrauch der durchsetzbaren Anordnung	1421
C. Verfahrensfragen	1422
I. Zuständigkeit für Vollstreckungsmaßnahmen	1422
II. Vollstreckung nur auf Antrag	1422
III. Begründung der Entscheidung über Vollstreckungsmaßnahmen und Zustellung	1422
IV. Antrag auf Verlängerung der aufschiebenden Wirkung einer sofortigen Beschwerde nach dem Vollstreckungsrecht	1422
V. Zwangsmittel	1423
1. Höhe des Zwangsgeldes (§ 168 Abs. 3 S. 3 GWB)	1423
2. Ersatzzwangshaft?	1423
D. Vollstreckung von Entscheidungen nach § 169 Abs. 3 GWB	1424
E. Vollstreckung von Entscheidungen des Beschwerdegerichts	1424
F. Keine Vollstreckung eines Feststellungstenors	1424
I. Erste Instanz	1424
II. Zweite Instanz	1425
III. Schutz des Antragstellers	1425

§ 46 Divergenzvorlagen an den BGH und Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH

A. Einleitung	1428
B. Divergenzvorlage zum Bundesgerichtshof	1428
I. Pflicht zur Vorlage an den Bundesgerichtshof	1428
II. Fälle, in denen keine Divergenzvorlagepflicht besteht	1428
III. Rechtsbeschwerde nach § 17a Abs. 4 S. 4 GVG zur Zulässigkeit des beschrittenen Rechtswegs	1429
C. Vorabentscheidungsersuchen zum Europäischen Gerichtshof	1430
I. Vorlagepflicht der Oberlandesgerichte und des Bundesgerichtshofs	1430
1. Bestehen und Nichtbestehen einer Vorlagepflicht	1430
2. Zeitliche Auswirkungen der Vorlage an den EuGH	1431
II. Vorlageberechtigung und Vorlagepflicht der Vergabekammer?	1432
D. Folgen pflichtwidrig unterlassener Vorlagen	1433

§ 47 Kosten und Gebühren

A. Einleitung	1436
B. Gebühren und Auslagen der Vergabekammer	1436
I. Entscheidung durch Verwaltungsakt	1436
II. Maßstäbe für die Auslagen- und Gebührenhöhe	1437
III. Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	1437
IV. Kostenvorschuss	1438
V. „Unterliegen“ im Sinne des § 128 Abs. 3 und 4 GWB	1438
C. Erstattungsfähigkeit von Aufwendungen der obsiegenden Beteiligten im erinstanzlichen Verfahren	1439
I. Grundsatz	1439
II. Notwendigkeit der Hinzuziehung anwaltlicher Bevollmächtigter	1439
D. Kostentragung und Aufwendungserstattung in besonderen Fällen:	
Billigkeitsgründe	1440
I. Antragsrücknahme	1440
II. Obsiegen des Antragsgegners trotz festgestellten Vergaberechtsverstoßes	1441
III. Erledigung	1441
IV. Aufwendungen der Beigeladenen	1442
E. Kosten des Beschwerdeverfahrens	1442
I. Kostengrundentscheidung	1442
II. Keine Veranlassung für Kostenentscheidungen in Eilverfahren	1443
III. Gerichtsgebühren	1443
IV. Streitwert	1443
F. Höhe der Rechtsanwaltsvergütung	1444
I. Gegenstandswert	1444
II. Geschäftsgebühr für das Vergabekammerverfahren	1444
III. Sofortige Beschwerde	1445
IV. Bietergemeinschaften und Auftraggebermehrheiten	1446
G. Kostenfestsetzung	1446

Inhaltsverzeichnis

Besonderer Teil

Kapitel 10 Auftragsvergaben in den Bereichen Verkehr, Trinkwasser- und Energieversorgung (SektVO)

§ 48 Einleitung

A. Die SektVO als Sondervergaberecht der Energie-, Wasser- und Verkehrsversorgung	1447
B. Grundzüge der Regelungssystematik	1448
I. Teilweise Abkehr vom Kaskadensystem	1449
II. Einheitliche Anwendung	1449
C. Freistellung vom Vergaberecht für bestimmte Sektorentätigkeiten	1450

§ 49 Anwendungsbereich

A. Einleitung	1451
B. Persönlicher Anwendungsbereich	1452
C. Sachlicher Anwendungsbereich	1453
I. Vergabe von Aufträgen im Zusammenhang mit Sektorentätigkeit	1453
1. Art der Auftragsvergabe	1453
2. Zum Zwecke von Sektorentätigkeiten	1453
II. Schwellenwerte	1455
D. Ausnahmetatbestände gemäß GWB	1456
E. Ausnahme für Sektorentätigkeiten, die unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt sind	1458
I. Wirkung der Freistellung	1458
II. Voraussetzungen für eine Freistellung	1458
1. Märkte mit freiem Zugang	1458
2. Unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt	1459
3. Beispiele für Freistellungen	1460
III. Freistellungsverfahren	1461
1. Einleitung eines Freistellungsverfahrens	1461
2. Stellungnahme des BKartA	1462
3. Entscheidung	1462
F. Auftragsänderungen während der Vertragslaufzeit	1462
G. Auftraggeber nach dem Bundesberggesetz	1463

§ 50 Vergabeverfahrensarten (Besonderheiten)

A. Einleitung	1465
I. Rechtsrahmen	1466
II. Regel-Ausnahme-Verhältnis	1466
B. Freie Wahl der Vergabeverfahrensarten	1466
C. Die Vergabeverfahrensarten im Einzelnen	1468
I. Das Verhandlungsverfahren	1468
1. Zum Ablauf des Verhandlungsverfahrens im Sektorenbereich	1468
2. Das Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung	1471
II. Das offene Verfahren	1475
III. Das nicht offene Verfahren	1476
IV. Der wettbewerbliche Dialog	1476
V. Innovationspartnerschaft	1477
D. Rahmenvereinbarungen	1477

E. Dynamische Beschaffungssysteme	1477
F. Elektronische Auktionen und Kataloge	1477

§ 51 Bieter und Bewerber (Besonderheiten)

A. Einleitung	1479
B. Auswahl der Unternehmen	1480
I. Auswahl anhand objektiver Kriterien	1480
II. Verringerung der Zahl der Unternehmen bei nicht offenen Verfahren, Verhandlungsverfahren, wettbewerblichen Dialogen und Innovationspartnerschaften	1483
C. Ausschluss vom Vergabeverfahren	1484
I. Gesetzliche Ausschlussgründe	1484
II. Gewillkürte Ausschlussgründe	1485
D. Qualitätssicherungs- und Umweltmanagementnormen	1485
E. Qualifizierungssysteme	1486
I. Kriterien für das Aufstellen von Qualifizierungssystemen	1486
II. Zugang zu Qualifizierungskriterien und -regeln	1487
III. Eignungsleihe	1487
IV. Eignungsfeststellung mit Hilfe anderer Prüfungssysteme oder Präqualifikationsverfahren	1488
V. Prüfungsstufen	1488
VI. Benachrichtigung der Unternehmen über die Entscheidung	1489
VII. Verzeichnis geprüfter Unternehmen	1489
VIII. Aberkennung der Qualifizierung	1489
IX. Bekanntmachung über das Bestehen eines Qualifizierungssystems	1489
X. Aufruf zum Wettbewerb	1490

§ 52 Leistungsbeschreibung und Vergabeunterlagen (Besonderheiten)

A. Vergabeunterlagen	1491
B. Anschreiben	1491
C. Bewerbungsbedingungen	1492
D. Vertragsunterlagen	1492
E. Leistungsbeschreibung	1492
I. Rechtsrahmen	1492
II. Vergleichbare Regelungen	1493
III. Eindeutige und erschöpfende Beschreibung der Leistung	1493
IV. Zugänglichkeit der technischen Anforderungen	1493
V. Technische Anforderungen	1493
VI. Nachweis, dass ein Angebot den Anforderungen entspricht	1494
VII. Anforderungen in Leistungs- und Funktionsanforderungen	1494
VIII. Gütezeichen	1494
IX. Konformitätsbewertungsstellen	1494
X. Verweis auf Produkte, Herkunft, Marken oder Patente	1495
XI. Vorgaben zum „Green Procurement“ und zu sozialen Maßgaben	1495
XII. Aufbürden eines „ungehörlichen Wagnisses“	1496

§ 53 Bekanntmachungen, Form- und Fristvorgaben (Besonderheiten)

A. Einleitung	1497
---------------------	------

Inhaltsverzeichnis

B. Form und Inhalt der Bekanntmachungen	1497
I. Formelle Anforderungen an die Bekanntmachung	1498
II. Inhalt der Bekanntmachung	1498
C. Die Bekanntmachungen im Einzelnen	1498
I. „Reguläre“ Bekanntmachung der Vergabeabsicht	1498
II. Bekanntmachung mit Aufruf zum Teilnahmewettbewerb	1499
1. Aufruf mittels der Bekanntmachung der Vergabeabsicht	1499
2. Aufruf mittels einer regelmäßigen nicht verbindlichen Bekanntmachung	1499
3. Aufruf mittels einer Bekanntmachung über die Einrichtung eines Qualifizierungssystems	1500
III. Beschafferprofil	1500
IV. Regelmäßige nicht verbindliche Bekanntmachung	1500
V. Bekanntmachung über vergebene Aufträge (Vergabebekanntmachung) und über Auftragsänderungen	1501
D. Fristen	1501
I. Berechnung	1501
II. Von Bewerbern/Bietern einzuhaltende Fristen	1502
1. Offenes Verfahren	1502
2. Nicht offenes Verfahren/Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb	1503
3. Bindefristen	1503
III. Von öffentlichen Auftraggebern einzuhaltende Fristen	1503
E. Wege der Informationsübermittlung	1503

beck-shop.de § 54 Angebote, Wertung und Beendigung des Vergabeverfahrens (Besonderheiten)

A. Einleitung	1505
B. Behandlung der Angebote	1505
I. Allgemeines	1505
1. Trennung von Eignungs- und Zuschlagskriterien	1506
2. Öffnung der Angebote	1506
II. Angebotsprüfung	1506
1. Nicht frist- und formgerechte Angebote	1506
2. Unvollständige Angebote	1506
3. Änderungen an den Vergabe- bzw. Vertragsunterlagen	1507
4. Wettbewerbsbeschränkende Abreden	1507
III. Angebotswertung	1507
C. Ungewöhnlich niedrige Angebote	1508
D. Angebote die Waren aus Drittländern umfassen	1508
I. Zurückweisung von Angeboten	1508
II. Zuschlagsregel bei Gleichwertigkeit von Angeboten	1508
E. Zuschlagskriterien und Zuschlagserteilung	1509
F. Aufhebung und Einstellung des Vergabeverfahrens	1509
G. Grenzen der Informations- und Mitteilungspflichten	1510
H. Behandlung von Nebenangeboten	1510
I. Unteraufträge	1511
J. Dokumentation	1511

§ 55 Rechtsfolgen von Vergaberechtsverstößen und Rechtsschutz (Besonderheiten)	1513
---	------

Kapitel 11 Auftragsvergaben in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit (VSVgV, VOB/A VS)

§ 56 Einführung

A. Einleitung	1515
B. Die Richtlinie 2009/81/EG	1517
C. Die Umsetzung der Richtlinie 2009/81/EG ins deutsche Recht	1518

§ 57 Anwendungsbereich

A. Einleitung	1521
B. Allgemeines zum Anwendungsbereich	1522
C. Aufträge im Bereich Verteidigung	1523
I. Lieferaufträge über Militärausrüstung	1524
1. Ausrüstung	1524
2. Konzeption oder Anpassung für militärische Zwecke	1524
3. Bestimmung zum Einsatz als Waffe, Munition oder Kriegsmaterial	1526
4. Annexaufträge	1527
II. Bau- und Dienstleistungsaufträge für militärische Zwecke	1528
D. Sicherheitsspezifische Aufträge im zivilen Bereich	1528
I. Lieferaufträge über Ausrüstung im Rahmen eines Verschlussachenauftrags	1528
1. Verschlussachenauftrag	1529
2. Lieferung von Ausrüstung	1530
3. Annexaufträge	1531
II. Bau- und Dienstleistungsaufträge im Rahmen eines Verschlussachenauftrags	1531
E. Gemischte Aufträge	1532
F. Ausnahmen für den Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	1533
I. Allgemeine Ausnahmen nach § 107 Abs. 2 GWB (Art. 346 AEUV)	1534
1. Schutz sensibler Informationen (§ 107 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 GWB)	1534
2. Produktion und Handel von Kriegsgütern (§ 107 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 GWB)	1537
3. Gemischte Aufträge und Konzessionen	1540
II. Besondere Ausnahmen für verteidigungs- oder sicherheitsspezifische Aufträge (§ 145 GWB)	1540
1. Aufträge für nachrichtendienstliche Tätigkeiten	1540
2. Aufträge im Rahmen von Kooperationsprogrammen	1541
3. Außerhalb der EU vergebene Aufträge	1544
4. Auftragsvergaben an andere Staaten	1545
5. Aufträge über Finanzdienstleistungen	1546
6. Aufträge über Forschungs- und Entwicklungsleistungen	1547
7. Vergaben aufgrund besonderer internationaler Verfahrensregeln	1549
III. Ausnahmen für nicht verteidigungs- oder sicherheitsspezifische Aufträge, die Verteidigungs- und Sicherheitsaspekte umfassen (§ 117 GWB)	1551
1. Schutz wesentlicher Sicherheitsinteressen	1552
2. Fälle des Art. 346 Abs. 1 lit. a AEUV	1553
3. Geheime Aufträge und Aufträge mit besonderen Sicherheitsmaßnahmen	1553
4. Vergaben aufgrund besonderer internationaler Verfahrensvorschriften ...	1555

Inhaltsverzeichnis

5. Von internationalen Organisationen oder Finanzierungseinrichtungen finanzierte Aufträge	1556
IV. Besondere Ausnahmen für Konzessionen in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit (150 GWB)	1557
1. Geheime Konzessionen und Konzessionen mit besonderen Sicherheitsmerkmalen	1558
2. Konzessionen im Rahmen von Kooperationsprogrammen	1558
3. Konzessionsvergaben an andere Staaten	1558
4. Außerhalb des EWR vergebene Konzessionen	1558
5. Ausnahmen nach sonstigen Vorschriften	1559
6. Schutz wesentlicher Sicherheitsinteressen	1559
7. Vergaben aufgrund besonderer internationaler Verfahrensvorschriften ...	1559
 § 58 Vergabearten und sonstige Besonderheiten des Verfahrens	
A. Einleitung	1561
B. Begriffsbestimmungen	1563
C. Nachrangige Dienstleistungen	1564
D. Vergabearten	1564
I. Vorgesehene Vergabearten	1564
II. Wahl der Vergabeart	1564
1. § 12 VSVgV	1565
2. § 3a VS VOB/A	1567
III. Besonderheiten der einzelnen Vergabearten	1568
E. Abschluss von Rahmenvereinbarungen	1569
F. Vergabe in Losen	1570
G. Vergabe von Unteraufträgen	1570
I. Begriff des Unterauftrags	1571
II. Transparenzpflicht	1572
III. Vorgaben des Auftraggebers für die Vergabe von Unteraufträgen	1574
1. Wahlfreiheit des Bieters	1574
2. Vorgabe einer Unterbergabekreise	1575
3. Vorgabe des Verfahrens zur Unterbergabekreise	1576
IV. Ablehnungsbefugnis des Auftraggebers	1577
V. Haftung des Auftragnehmers	1577
VI. §§ 38 bis 41 VSVgV	1577
H. Besonderheiten der Vergabe von Aufträgen zur Bekämpfung von Gesundheitskrisen	1581
 § 59 Informationssicherheit	
A. Einleitung	1583
I. Begriff der Informationssicherheit	1584
II. Elemente zum Schutz der Informationssicherheit	1585
B. Maßnahmen, Anforderungen und Auflagen zum Verschlusssachenschutz	1586
I. Inhaltliche Anforderungen an den Verschlusssachenschutz	1586
1. Festlegung und Bekanntgabe durch den Auftraggeber	1586
2. Mindestanforderungen	1586
3. Weitergehende Anforderungen	1588
4. Geltung auch für den Baubereich	1588
II. Nachweise zur Informationssicherheit	1588
1. Art und Form der Nachweise	1588

2. Bekanntgabe der Nachweisanforderungen	1589
3. Zeitpunkt der Vorlage der Nachweise	1590
4. Möglichkeit der Fristverlängerung für Newcomer	1590
III. Prüfung der Anforderungen an den Verschlussssachenschutz im Vergabeverfahren	1591
1. Überprüfung im Rahmen der Eignungsprüfung und der Ausschlussgründe	1591
2. Ausschluss bei Nichterfüllung der Anforderungen	1591
IV. Erwerb der Verschlussachsen-Zulassung	1594
1. Geheimschutzbetreuung und Sicherheitsbescheid	1594
2. Materielle Geheimschutzanforderungen	1595
3. Anerkennung von Sicherheitsüberprüfungen anderer EU-Mitgliedstaaten	1595
V. Vor-Ort-Kontrollen im Ausland	1597
C. Allgemeine Pflicht zur Vertraulichkeit	1598
I. Gegenseitige Pflichten	1598
II. Weitere Anforderungen zum Schutz der Vertraulichkeit	1599

§ 60 Versorgungssicherheit

A. Einleitung	1601
B. Bedeutung der Versorgungssicherheit in der Systematik des Vergaberechts	1601
C. § 8 VSVgV	1602
I. Allgemeines	1602
II. Die einzelnen Anforderungen	1602

§ 61 Rechtsschutz bei Vergaben im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich (Besonderheiten)

A. Einleitung	1605
B. EU-rechtliche Vorgaben	1606
I. Grundlagen des Rechtsschutzes	1606
II. Spezielle Regelungen für den Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	1607
III. Korrekturmechanismus der EU-Kommission	1608
C. Rechtsschutz im deutschen Recht	1609
I. Nachprüfungsverfahren für verteidigungs- und sicherheitsrelevante Aufträge im Sinne des GWB	1609
1. Anwendungsbereich der Nachprüfungs vorschriften	1609
2. Grundsatz: Geltung der allgemeinen Verfahrensregelungen	1609
3. Besonderheiten im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich	1609
II. Rechtsschutz für verteidigungs- und sicherheitsrelevante Aufträge und Konzessionen außerhalb des GWB	1613
1. Subjektive Bieterrechte außerhalb des GWB	1613
2. Verfahren und Rechtsweg	1614
3. Rechtsschutz gegen Vergabeentscheidungen internationaler Organisationen	1618
III. Schadenersatzansprüche	1620

Kapitel 12 Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV)

§ 62 Einleitung

A. Einleitung	1624
---------------------	------

Inhaltsverzeichnis

B. Allgemeine Bestimmungen	1625
I. Grundregeln der Konzessionsvergabe	1626
II. Freie Ausgestaltung des Verfahrens	1627
III. Wahrung der Vertraulichkeit	1627
IV. Vermeidung von Interessenkonflikten	1627
C. Schwellenwert, Berechnung des geschätzten Vertragswerts	1628
 § 63 Anwendungsbereich	
A. Begrifflichkeit	1631
I. Begriffsbestimmung des § 105 GWB	1631
II. Form	1632
III. Betriebsrisiko: Abgrenzung zum öffentlichen Auftrag	1633
1. Amortisationsrisiko	1634
2. Unwägbarkeiten des Marktes, tatsächliche Marktausgesetztheit	1635
3. Angebots- und Nachfragerisiko	1635
IV. Besonderheit der Gegenleistung: „Zuzüglich einer Zahlung“	1635
V. Beschaffungsvorgang, Betrauungsakt	1636
VI. Entgeltlicher Vertrag, kein Verwaltungsakt	1637
VII. Beschränkte Laufzeit von Konzessionen	1638
VIII. Einzelfallbetrachtung	1638
B. Persönlicher Anwendungsbereich (§ 101 GWB)	1638
C. Sachlicher Anwendungsbereich	1640
I. Bereichsausnahmen	1640
1. Finanzierung	1641
2. Soziale Auswahlverhältnisse	1641
3. Lizenzen für Wirtschaftsausübung	1642
4. Nutzung öffentlicher Bereiche oder Ressourcen	1642
5. Netzbereitstellungen	1642
6. Notwendigkeit der Unterstützung bei der öffentlichen Daseinsvorsorge	1643
7. Abgrenzung zu Rahmenvereinbarung	1643
II. Konzessionen über soziale und andere besondere Dienstleistungen	1643
III. Vergaberegeln nach der VO 1370/2007 im Bereich ÖPNV	1645
 § 64 Verfahrensregeln zur Konzessionsvergabe	
A. Einleitung	1647
B. Vorherige Bekanntmachungspflicht	1648
C. Freie Verfahrensgestaltung	1649
D. Verfahrensgarantien und Umgehungsverbot	1650
I. Transparenzgrundsatz	1651
II. Diskriminierungsverbot/Gleichbehandlungsgebot	1652
III. Wettbewerbsgrundsatz	1652
IV. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	1653
V. Geheimwettbewerb, Vertraulichkeit	1653
E. Zulässige Vertragsänderungen und Bekanntmachungspflichten	1654
F. Umgehungsverbot	1654
G. Durchführung einer eVergabe	1655
 § 65 Leistungsbeschreibung, Laufzeit, Vergabeunterlagen, Auskünfte	
A. Leistungsbeschreibung	1657

B. Laufzeit	1659
C. Vergabeunterlagen	1659
§ 66 Bekanntmachung, Regeln zum Auswahlverfahren, Fristen und Zuschlag	
A. Einleitung	1661
B. Bekanntmachung	1661
C. Frist- und Formvorgaben	1662
I. Fristvorgaben	1662
II. Formvorgaben	1662
D. Auswahl geeigneter Unternehmen (Besonderheiten)	1663
I. Eignungskriterien und -nachweise	1663
II. Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB	1664
III. Fehlende/unvollständige Unterlagen	1664
E. Zusätzliche Auskünfte zu den Vergabeunterlagen	1665
F. Bietergemeinschaften	1665
G. Unteraufträge	1666
H. Zuschlag und Zuschlagskriterien	1666
I. Unterrichtungspflicht	1668
§ 67 Aufhebung; Dokumentation; Rechtsschutz	
A. Aufhebung des Vergabeverfahrens	1669
B. Dokumentation	1669
C. Rechtsschutz im Vergabeverfahren	1670
§ 68 Konzessionsvergabe unterhalb der Schwellenwerte und außerhalb des förmlichen Vergaberechts	
A. Baukonzession unterhalb der Schwellenwerte	1671
B. Dienstleistungskonzession unterhalb der Schwellenwerte	1673
C. Rechtsschutz außerhalb des förmlichen Vergaberechts	1674
I. Rechtswegzersplitterung außerhalb des förmlichen Vergaberechts	1674
II. Handlungsformen der Verwaltung	1676
III. Zuschlag durch Verwaltungsakt	1676
IV. Fragen der Rechtswegverweisung	1677
Kapitel 13 Auftragsvergaben im Bereich Öffentlicher Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (Verordnung (EG) Nr. 1370/2007)	
§ 69 Einführung zur VO 1370/2007	
A. Einleitung	1680
I. Zweck der Verordnung	1680
II. Verordnungsrecht im Sinne des Art. 288 AEUV	1680
III. Anpassungsbedarf des deutschen Rechts	1681
IV. Änderungsverordnung 2016	1683
B. Reichweite der unmittelbaren Anwendbarkeit seit dem 3.12.2009	1684
I. Vergaberechtliche Regelungen	1684
II. Beihilfenrechtliche Regelungen	1685

Inhaltsverzeichnis

III. Laufzeiten der öffentlichen Dienstleistungsaufträge	1685
IV. Veröffentlichungspflichten	1686
C. Vorgängerregelungen	1686
I. Verordnung (EWG) Nr. 1191/69	1686
II. Verordnung (EWG) Nr. 1107/70	1687
D. Entstehungsgeschichte	1687
E. Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. 10. 2007 über öffentliche Personenverkehrsdiene auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates	1688
 § 70 Anwendungsbereich	
A. Einleitung	1712
B. Geltungsbereich: Öffentliche Personenverkehrsdiene auf Schiene und Straße ...	1713
I. Straßen- und Eisenbahnverkehre sowie andere Arten des Schienenverkehrs	1713
II. Öffentliche Personenverkehre	1714
C. Zuständige Behörde	1715
D. Betreiber	1716
E. Öffentlicher Dienstleistungsauftrag	1717
I. Eigenständigkeit der Begriffsbildung	1717
1. Übereinkunft oder Entscheidung	1717
2. Verwaltung und Erbringung öffentlicher Personenverkehre	1719
3. Gemeinwirtschaftliche Verpflichtung	1721
4. Betrauung	1724
II. Pflicht zur Begründung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages	1725
1. Gewährung ausschließlicher Rechte	1725
2. Gewährung von Ausgleichsleistungen	1727
3. Eigenwirtschaftliche (kommerzielle) Verkehre	1728
III. Inhalt öffentlicher Dienstleistungsaufträge	1730
1. Klare Definition der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung	1731
2. Art und Umfang der gewährten Ausschließlichkeit	1731
3. Parameter zur Berechnung der Ausgleichsleistung	1731
4. Laufzeitbeschränkungen	1733
5. Schutz der Arbeitnehmer	1735
6. Verpflichtung zur Einhaltung bestimmter Qualitätsstandards	1739
7. Vergabe von Unteraufträgen	1740
8. Weitere Inhalte	1743
9. Änderungen während der Laufzeit des öffentlichen Dienstleistungsauftrages	1743
10. Annex: Gesamtbericht nach Art. 7 Abs. 1 VO 1370/2007	1744
 § 71 Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge im Wettbewerb	
A. Einleitung	1745
I. Art. 5 Abs. 1 und Abs. 3 VO 1370/2007	1746
II. Dienstleistungskonzessionen im öffentlichen Personenverkehr	1746
1. Bedeutung der Unterscheidung von Auftrag und Konzession	1746
2. Dienstleistungskonzessionen in der Rechtsprechung des EuGH	1748
3. Entscheidungspraxis deutscher Gerichte und Vergabekammern	1749
4. Brutto- und Nettoverträge	1751
B. Vergaben nach Art. 5 Abs. 3 VO 1370/2007	1752

§ 72 Direktvergaben öffentlicher Dienstleistungsaufträge	
A. Einleitung	1758
B. Direktvergaben von Eisenbahnverkehren nach Art. 5 Abs. 6 VO 1370/2007	1760
C. Selbsterbringung und Vergabe an interne Betreiber nach Art. 5 Abs. 2 VO 1370/2007	1763
I. Handlungsoptionen der zuständigen Behörde(n)	1764
II. Interner Betreiber – das Kontrollkriterium	1766
III. Tätigkeitsbeschränkungen – das Wesentlichkeitskriterium	1769
IV. Selbsterbringungsquote gemäß Art. 5 Abs. 2 S. 2 lit. e VO 1370/2007	1771
V. Selbsterbringung im Sinne des Art. 5 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 VO 1370/2007	1772
D. Direktvergaben bei Kleinaufträgen	1772
I. Anwendungsbereich	1772
II. Schwellenwerte	1774
III. Umgehungsverbot und Losbildung	1774
E. Notmaßnahmen nach Art. 5 Abs. 5 VO 1370/2007	1775
I. Notsituation: Unterbrechung oder unmittelbare Gefahr der Unterbrechung	1776
1. Unterbrechung des Verkehrsdienstes	1776
2. Unmittelbare Gefahr der Unterbrechung	1777
II. Notmaßnahmen: Direktvergabe, Direkterweiterung, Auferlegung	1778
1. Direktvergabe	1778
2. Direkterweiterung	1778
3. Auferlegung	1779
4. Anwendbarkeit von Notmaßnahmen nach Art. 5 Abs. 5 VO 1370/2007	1780
III. Ermessen der zuständigen Behörde	1781
1. Entscheidung über das Ergreifen von Notmaßnahmen	1782
2. Auswahl des Verkehrsunternehmens	1782
3. Auferlegung als ultima ratio	1783
4. Qualität der zu erbringenden Verkehrsdienste	1783
5. Dauer der Notmaßnahmen	1783
IV. Einstweilige Erlaubnis nach § 20 PBefG	1784
§ 73 Rechtsschutz (Besonderheiten)	
A. Einleitung	1785
B. Rechtsschutz bei der Vergabe von Bus- und Straßenbahnverkehren	1785
C. Rechtsschutz bei der Vergabe von Eisenbahnverkehren	1787
D. Rechtsschutz gegen eine Auferlegung nach Art. 5 Abs. 5 VO 1370/2007	1787
 Kapitel 14 Auftragsvergaben im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung: Krankenkassenausschreibungen (SGB V)	
§ 74 Einführung	
A. Wettbewerb im System der gesetzlichen Krankenversicherung	1793
B. Gesetzgeberische Maßnahmen im Einzelnen	1793
§ 75 Anwendungsbereich	
A. Einleitung	1801

Inhaltsverzeichnis

B. Anwendung des Vergaberechts	1801
I. Materielles Vergaberecht	1802
1. Öffentliche Auftraggebereigenschaft	1803
2. Öffentlicher Auftrag	1804
II. Besondere Berücksichtigung des Versorgungsauftrags der gesetzlichen Krankenkassen	1805
III. Rechtsschutz bei vergaberechtlichen Streitigkeiten im Bereich des SGB V	1808
C. Entsprechende Geltung des Kartellrechts	1808
I. Berücksichtigung kartellrechtlicher Verstöße des Auftraggebers im Vergabenchsprüfungsverfahren	1809
II. Ausnahmeklausel in § 69 Abs. 2 S. 2 SGB V	1811
 § 76 Vergaberechtlicher Rechtsschutz und Open-House-Verfahren	
A. Einleitung	1813
B. Primärrechtsschutz bei vergaberechtlichen Streitigkeiten im Bereich des SGB V	1814
C. Das Open-House-Verfahren	1816
I. Rechtsprechungsentwicklung zu den Anforderungen an ein „vergaberechtsfreies“ Open-House-Verfahren	1819
II. Rechtsprechungsentwicklung zum zulässigen Rechtsweg bei Open-House-Verfahren	1825
1. Parallele und vergleichbare Rechtsprechungsentwicklung zu Hilfsmittelversorgungsverträgen	1826
2. Rechtsprechungsentwicklung zu Open-House-Verträgen	1831
  § 77 Hilfsmittelversorgungsverträge	
A. Einleitung	1835
B. Präqualifizierungsverfahren gemäß § 126 SGB V	1837
C. Hilfsmittelversorgungsverträge gemäß § 127 SGB V	1839
I. Hilfsmittelversorgung nach dem TSVG	1839
1. Rahmenverträge mit Beitrittsrecht gemäß § 127 Abs. 1, 2 SGB V	1839
2. Einzelfallverträge gemäß § 127 Abs. 3 SGB V	1842
II. Hilfsmittelversorgung vor dem TSVG	1844
1. Ausschreibungsverträge gemäß § 127 Abs. 1 SGB VaF	1844
2. Beitrittsverträge gemäß § 127 Abs. 2, 2a SGB VaF	1854
3. Einzelfallverträge gemäß § 127 Abs. 3 SGB VaF	1859
 § 78 Arzneimittelrabattverträge	
A. Einleitung	1863
B. Vergaberechtliche Grundkonzeption von Arzneimittelrabattverträgen gemäß § 130a Abs. 8 SGB V	1866
I. Arzneimittelrabattverträge als Rahmenvereinbarungen gemäß § 103 Abs. 5 GWB, § 21 VgV	1866
1. Entgeltlichkeit im Sinne von § 103 Abs. 1 GWB bei Rabattverträgen betreffend Generika	1867
2. Entgeltlichkeit im Sinne von § 103 Abs. 1 GWB bei Rabattverträgen betreffend (patentgeschützte) Originalpräparate	1871
II. Vergaberechtsfreie Open-House-Verträge	1876

C. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Arzneimittelrabattverträgen betreffend Generika	1878
I. Anforderungen an eine eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung	1879
II. Spezielle Kalkulationsrisiken	1881
1. Mehr-Partner-Modelle und Kaskadenprinzip	1881
2. Vorgaben an die Reihenfolge der Inanspruchnahme der Rabattvertragspartner	1883
3. Zivilrechtliche Vertragsklauseln	1885
4. Rabattvorgaben	1886
III. Vorgaben zur Losbildung	1886
IV. Eignungsanforderungen	1887
V. Anforderungen an die Angebotswertung und Preisprüfung	1887
VI. Beteiligung konzernverbundener Unternehmen	1889
VII. Zulässigkeit von Bietergemeinschaften	1891
VIII. Formanforderungen	1893
IX. Kostenrisiken	1893
X. Vorlaufzeit vor Vertragsbeginn	1894
D. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen betreffend (patentgeschützte) Originalpräparate	1894
I. Spezialitätsverhältnis zwischen § 130c SGB V und § 130a Abs. 8 SGB V	1895
II. Anforderungen an die Wahl des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb	1896
1. Ausschreibung von Rabattverträgen gemäß § 130a Abs. 8 SGB V	1896
2. Abschluss von Erstattungsvereinbarungen gemäß § 130b SGB V	1899
III. Vergleichbarkeit der Angebote – Anforderungen an die Leistungsbeschreibung	1900
IV. Ausschreibungen (in zeitlicher Hinsicht kurz) vor Ablauf des Patentschutzes	1902
V. Ausschreibungen von Rabattverträgen trotz indikationsbezogenen Patentschutzes – Wirkstoff „Pregabalin“	1903
VI. Durchführung eines Open-House-Verfahrens bei bestehendem Patentschutz	1905
E. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen betreffend Verträge über Generika oder patentgeschützte Originalpräparate	1906
I. Mitteilungspflichten über die vereinbarten Rabattsätze nach dem IfG	1906
II. Abgrenzung von Nachunternehmern zu Dritten mit Hilfsfunktion	1910
III. Vergaberechtliche Vorgaben für die Bewertung des Mehrkostenausgleichs bei Festbetragsüberschreitung	1913
IV. Berücksichtigungsfähigkeit von rabattvertragsbedingten Umsatzsteuererstattungen bei der Angebotskalkulation	1915
V. Portfolio-Rabattverträge und faktisch patentverlängernde Rabattverträge nach der zeitweisen Neuregelung durch § 130a Abs. 8 S. 8 SGB V aF	1917
F. Ausschreibung von Rabattverträgen über biologisch/biotechnologisch hergestellte Arzneimittel	1917
§ 79 Rabattverträge über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen in der Onkologie	
A. Einleitung	1923

Inhaltsverzeichnis

B. Vergaberechtliche Grundkonzeption von Rabattverträgen über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen gemäß § 130a Abs. 8a SGB V	1925
I. Fertigarzneimittelrabattverträge als Rahmenvereinbarungen gemäß § 103 Abs. 5 GWB, § 21 VgV	1925
1. Lenkungs- bzw. Steuerungswirkung	1927
2. Zusicherung von Exklusivität bzw. Einräumung eines Wettbewerbsvorteils	1928
II. Vergaberechtsfreie Open-House-Verträge	1929
C. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei Rabattverträgen über Fertigarzneimittel zur Herstellung parenteraler Zubereitungen gemäß § 130a Abs. 8a SGB V	1930
I. Einheitlicher und gemeinsamer Rabattvertragsabschluss durch die Landesverbände der Krankenkassen und die Ersatzkassen	1930
II. Anforderungen an eine eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung	1932
III. Zulässigkeit von Doppelrabattvorgaben	1933
D. Sozialrechtliche Vorgaben für Preisvereinbarungen zwischen Krankenkassen und Apotheken betreffend Zubereitungen aus Fertigarzneimitteln	1933
E. Ausschreibung von Zytostatika-Versorgungsverträgen gemäß § 129 Abs. 5 S. 3 SGB V aF	1935
I. Selektivverträge im Verhältnis zwischen Krankenkassen und Apotheken 1. Ausschreibungsfähigkeit	1936
2. Ausschreibungsspezifische Sonderprobleme	1938
II. Ausschreibungspflicht im Verhältnis zwischen Apotheken und pharmazeutischen Unternehmen	1942
III. Auskunftsanspruch gemäß § 129 Abs. 5c S. 4 SGB V aF	1945
§ 80 Weitere ausschreibungsrelevante Versorgungsverträge	
A. Einleitung	1948
B. Impfstoffversorgungsverträge gem. § 132e SGB V	1948
C. Integrierte Versorgungsverträge gemäß § 140a SGB V	1948
I. Vergaberechtliche Grundkonzeption von integrierten Versorgungsverträgen gemäß § 140a Abs. 1 SGB V	1949
1. Integrierte Versorgungsverträge als Rahmenvereinbarungen gemäß § 103 Abs. 5 GWB, § 21 VgV	1950
2. Entgeltilichkeit im Sinne von § 103 Abs. 1 GWB	1951
II. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei integrierten Versorgungsverträgen gemäß § 140a Abs. 1 SGB V	1952
1. Umgehungsproblematik der vergaberechtlichen Ausschreibungspflicht	1952
2. Integrierte Versorgungsverträge im Zusammenhang mit sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen	1953
D. Hausarztzentrierte Versorgungsverträge gemäß § 73b SGB V	1954
I. Vergaberechtliche Grundkonzeption von hausarztzentrierten Versorgungsverträgen gemäß § 73b SGB V	1955
1. Hausarztzentrierte Versorgungsverträge als Rahmenvereinbarungen gemäß § 103 Abs. 5 GWB, § 21 VgV	1956
2. Entgeltilichkeit im Sinne von § 103 Abs. 1 GWB	1956
II. Ausschreibungsrelevante Besonderheiten bei hausarztzentrierten Versorgungsverträgen gemäß § 73b SGB V	1957
1. Vorliegen eines öffentlichen Auftrags unabhängig der Anzahl potentieller Auftragnehmer	1957

2. Hausarztzentrierte Leistungen im Zusammenhang mit sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen	1957
---	------

Kapitel 15 Wettbewerbsregister

§ 81 Wettbewerbsregister

A. Einleitung	1959
B. Eintragung von Rechtsverstößen	1960
I. Allgemeines	1960
II. Eintragungsrelevante Tatbestände	1961
1. Zwingende Ausschlussgründe	1961
2. Fakultative Ausschlussgründe	1962
3. Nicht einzutragende Tatbestände	1966
4. Zurechnung von Rechtsverstößen	1966
III. Eintragungsverfahren	1969
1. Mitteilungspflicht nach § 4 Abs. 1 WRegG	1969
2. Formale Prüfung der übermittelten Daten nach § 4 Abs. 2 WRegG	1970
3. Unterrichtungspflicht der mitteilungspflichtigen Behörden nach § 4 Abs. 3 WRegG	1970
4. Unterrichtung und Anhörung des Betroffenen § 5 Abs. 1 WRegG	1970
5. Kooperationsverhältnis zwischen mitteilungspflichtigen Behörden und Registerbehörde	1971
IV. Inhalt der Eintragung	1971
V. Registereinsicht	1972
1. Auftraggeber	1972
b) Nutzung der Daten für Vergabeentscheidungen	1973
2. Auskunftsanspruch von Unternehmen und natürlichen Personen	1973
3. Antragsberechtigung amtlicher Verzeichnisse mit Einwilligung der Betroffenen	1973
C. Abfragepflichten und -rechte für Auftraggeber	1974
I. Abfragepflichten	1974
1. Öffentliche Auftraggeber nach § 99 GWB	1974
2. SektorenAuftraggeber nach § 100 Abs. 1 Nr. 1 GWB	1974
3. Konzessionsgeber nach § 101 Abs. 1 Nr. 1 und 2 GWB	1975
II. Ausnahmen von der Abfragepflicht	1975
III. Begrenzung der Abfragepflichtigen	1975
IV. Bedeutung der EU-Schwellenwerte	1975
V. Abfrage nach Ermessen	1975
D. Folgen einer Eintragung	1976
E. Löschung einer Eintragung	1976
I. Löschung der Eintragung nach Fristablauf	1977
1. Bindungswirkung der Löschung	1977
2. Verhinderung eines doppelten Fristenlaufs	1977
II. Vorzeitige Löschung der Eintragung wegen Selbstreinigung	1978
1. Selbstreinigung nach § 125 Abs. 1 GWB	1978
2. Selbstreinigung nach § 123 Abs. 4 S. 2 GWB	1979
3. Bewertung durch die Registerbehörde	1979
4. Stattgabe des Löschungsantrags	1980
5. Ablehnung des Löschungsantrags	1980
6. Gebühren und Auslagen	1981

Inhaltsverzeichnis

F Rechtsschutz	1981
I. Vor drohendem Registereintrag	1981
II. Löschung oder Änderung eines bestehenden Registereintrags	1981
III. Verhältnis zum Nachprüfungsverfahren	1982
IV. Rechtsschutz von Mitbewerbern	1983
G Grundsatz der elektronischen Kommunikation	1984
H Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft	1984

Kapitel 16 Binnenmarktrelevante Auswahlverfahren nach primärrechtlichen Verfahrensvorgaben (AEUV)

§ 82 Rechtliche Grundlagen

A Einleitung	1988
B Grundfreiheitliche Vorgaben	1991
I. Systematisches Verhältnis von Primär- und Sekundärrecht	1991
II. Anwendung durch den EuGH	1992
1. Dienstleistungsfreiheit	1993
2. Niederlassungsfreiheit	1994
3. Freier Kapital- und Zahlungsverkehr	1995
4. Arbeitnehmerfreizügigkeit	1997
5. Freiheit des Warenverkehrs	1997
6. Diskriminierungsverbot	1998
C Allgemeine Grundsätze des europäischen Primärrechts	1999
I. Transparenzgrundsatz	1999
II. Das grundfreiheitliche Gleichbehandlungsgebot	2000
III. Effektivitätsgrundsatz und Äquivalenz	2000
D EU-Beihilferecht	2001
E Dokumente der EU-Kommission	2002
I. Unterschwellenmitteilung von 2006	2003
II. Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe	2004
III. XXIII. Wettbewerbsbericht von 1993	2004
IV. Leitfaden zur beihilfenkonformen Finanzierung, Umstrukturierung und Privatisierung staatseigener Unternehmen	2005
F Anhang	2006
Anhang 1: Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf das Gemeinschaftsrecht, das für die Vergabe öffentlicher Aufträge gilt, die nicht oder nur teilweise unter die Vergaberrichtlinien fallen, vom 1.8.2006 EINLEI-TUNG ... 2006	2006
Anhang 2: Mitteilung der Kommission: Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV	2013
Anhang 3: XXIII. Bericht der Kommission über die Wettbewerbspolitik 1993 [A]	2020
Anhang 4: Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen – Leitfaden zur beihilfenkonformen Finanzierung, Umstrukturierung und Privatisierung staatseigener Unternehmen, vom 10.2.2012	2021

§ 83 Anwendungsbereich

A Einleitung	2028
--------------------	------

B. Sachlicher Anwendungsbereich	2029
I. Der Begriff der „Binnenmarktrelevanz“ in der Rechtsprechung des EuGH	2029
1. Potentielle Beteiligung von Bietern anderer Mitgliedstaaten	2029
2. Einschränkungen: Das grenzüberschreitende Interesse	2031
3. Berücksichtigung durch die deutschen Gerichte	2034
II. Fallgruppen	2035
1. Der Staat als Nachfrager	2035
2. Öffentliche Veräußerungsgeschäfte – der Staat als Anbieter	2038
III. Sachliche Ausnahmen	2045
1. Rechtfertigungsgründe des europäischen Primärrechts	2045
2. „In-House“-Vergaben	2046
3. Ausnahmetatbestände des Vergabesekundärrechts	2047
C. Persönlicher Anwendungsbereich	2049
I. Öffentliche Auftraggeber iSv § 99 Nr. 1 und 3 GWB	2049
II. Privatrechtlich verfasste Unternehmen eines Mitgliedstaats	2049
1. Öffentliche Unternehmen iSv Art. 106 AEUV	2050
2. Monopolartige bzw. staatlich begünstigte Unternehmen iSv Art. 106 AEUV	2053
§ 84 Beihilferechtliche Verfahrensvorgaben	
A. Einführung	2055
B. Beihilferechtliche Privatisierungsgrundsätze	2058
§ 85 Vorbereitung und Durchführung primärrechtlicher Bieterverfahren	
A. Einleitung	2063
B. Ablauf eines primärrechtlichen strukturierten Bieterverfahrens unter Berücksichtigung beihilferechtlicher Belange	2064
I. Anforderungen an die Bekanntmachung	2064
II. Fristvorgaben	2066
III. Prüfung der Interessenbekundungen und diskriminierungsfreie Auswahl der Verhandlungspartner	2066
IV. Ausschluss von Bewerbern	2067
V. Die Festlegung von Bewertungskriterien	2068
1. Die Gewichtung der Bewertungskriterien	2068
2. Der Zeitpunkt der Festlegung der Bewertungsmatrix	2069
VI. Keine Vorabinformationspflicht gegenüber den unterlegenen Bewerbern ..	2071
VII. Verspätet eingereichte Interessenbekundungen	2073
VIII. Nachträgliche Konsortienbildungen	2074
IX. Umgang mit Interessenkollisionen	2076
§ 86 Rechtsfolgen von Verstößen und Rechtsschutz (Besonderheiten)	
A. Einleitung	2079
B. Risiken der Nichtbeachtung von primärrechtlichen und beihilferechtlichen Verfahrensvorgaben	2080
C. Rechtsschutz	2082
I. Rechtsweg	2082
II. Umfang des Rechtsschutzes/Rechtsschutzziele	2083
1. Primärrechtsschutz	2083
2. Sekundärrechtsschutz	2087
III. Personelle Rechtsbehelfsberechtigung	2087

Inhaltsverzeichnis

D. Beihilferecht und Grundfreiheiten	2090
Kapitel 17 Auftragsvergaben unterhalb der europäischen Schwellenwerte	
§ 87 Einführung	
A. Haushaltsrecht	2094
B. Einkauf nach einheitlichen Richtlinien	2094
I. Bundesebene	2094
II. Landesebene	2098
C. Europäisches Primärrecht	2098
§ 88 Landesvergabegesetze	
A. Baden-Württemberg	2102
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2102
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2103
III. Mittelstandsförderung	2103
IV. Tariflohnbestimmungen	2104
V. e-Vergabe	2106
VI. Vergabefremde Aspekte	2106
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2106
B. Bayern	2106
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2108
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2109
III. Mittelstandsförderung	2109
IV. Tariflohnbestimmungen	2110
V. e-Vergabe	2110
VI. Vergabefremde Aspekte	2110
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2112
C. Berlin	2112
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2113
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2114
III. Mittelstandsförderung	2114
IV. Tariflohnbestimmungen	2115
V. e-Vergabe	2116
VI. Vergabefremde Aspekte	2116
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2117
D. Brandenburg	2117
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2118
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2118
III. Mittelstandsförderung	2119
IV. Tariflohnbestimmungen	2120
V. e-Vergabe	2121
VI. Vergabefremde Aspekte	2121
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2121
E. Bremen	2121
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2122
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2122
III. Mittelstandsförderung	2123
IV. Tariflohnbestimmungen	2123

V. e-Vergabe	2124
VI. Vergabefremde Aspekte	2124
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2125
 F. Hamburg	2126
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2126
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2126
III. Mittelstandsförderung	2128
IV. Tariflohnbestimmungen	2128
V. e-Vergabe	2129
VI. Vergabefremde Aspekte	2129
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2129
 G. Hessen	2129
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2130
II. Besonderheiten im Vergabeverfahren	2130
III. Mittelstandsförderung	2131
IV. Tariflohnbestimmungen	2131
V. e-Vergabe	2132
VI. Vergabefremde Aspekte	2132
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2133
 H. Mecklenburg-Vorpommern	2133
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2133
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2134
III. Mittelstandsförderung	2135
IV. Tariflohnbestimmungen	2135
V. e-Vergabe	2135
VI. Vergabefremde Aspekte	2135
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2136
 I. Niedersachsen	2136
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2136
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2137
III. Mittelstandsförderung	2137
IV. Tariflohnbestimmungen	2137
V. e-Vergabe	2138
VI. Vergabefremde Aspekte	2138
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2138
 J. Nordrhein-Westfalen	2139
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2139
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2140
III. Mittelstandsförderung	2140
IV. Tariflohnbestimmungen	2141
V. e-Vergabe	2142
VI. Vergabefremde Aspekte	2142
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2143
 K. Rheinland-Pfalz	2143
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2143
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2144
III. Mittelstandsförderung	2144
IV. Tariflohnbestimmungen	2144
V. e-Vergabe	2146
VI. Vergabefremde Aspekte	2146
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2146

Inhaltsverzeichnis

L. Saarland	2147
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2147
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2147
III. Mittelstandsförderung	2147
IV. Tariflohnbestimmungen	2148
V. e-Vergabe	2149
VI. Vergabefremde Aspekte	2149
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2149
M. Sachsen	2150
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2150
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2150
III. Mittelstandsförderung	2151
IV. Tariflohnbestimmungen	2151
VI. Vergabefremde Aspekte	2151
V. e-Vergabe	2152
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2152
N. Sachsen-Anhalt	2152
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2153
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2153
III. Mittelstandsförderung	2153
IV. Tariflohnbestimmungen	2154
V. e-Vergabe	2155
VI. Vergabefremde Aspekte	2155
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2155
O. Schleswig-Holstein	2156
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2156
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2157
III. Mittelstandsförderung	2158
IV. Tariflohnbestimmungen	2158
V. e-Vergabe	2159
VI. Vergabefremde Aspekte	2159
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2159
P. Thüringen	2159
I. Vom Anwendungsbereich betroffene Vergabestellen	2160
II. Besonderheiten im Anwendungsbereich der Vergabearten	2160
III. Mittelstandsförderung	2160
IV. Tariflohnbestimmungen	2161
V. e-Vergabe	2161
VI. Vergabefremde Aspekte	2162
VII. Rechtsschutz- und Beschwerdemöglichkeiten	2162
§ 89 Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte	
A. Einleitung	2163
B. Rechts- und Fachaufsichtsbeschwerde	2164
C. Nachprüfungsstellen gem. § 21 VOB/A	2164
D. Einstweilige Verfügung	2165
I. Verfügungsanspruch	2165
II. Verfügungegrund	2167
III. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	2168
IV. Nebenintervention	2168

Inhaltsverzeichnis

E. Sekundärrechtsschutz	2169
F. Besondere landesrechtliche Rechtsschutzmöglichkeiten	2170
Sachregister	2171

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG